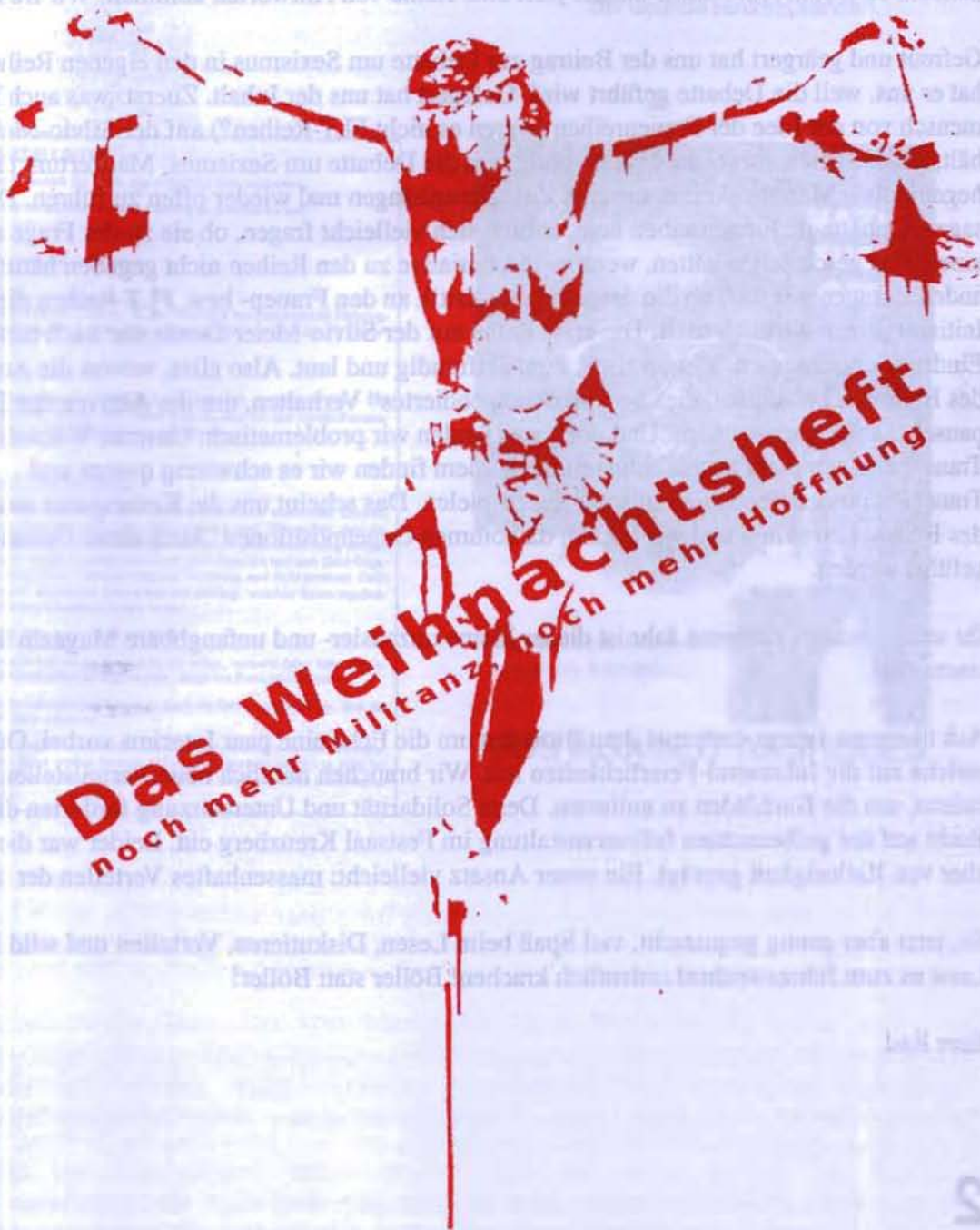


INTERIM

Regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit-Info aus Berlin ★ 0,00 €

10.12.2010

Nr. 721



Das Weihnachtsheft
noch mehr Militanz noch mehr Hoffnung

Nein, nein, keine Sorge, wir sind nicht auf dem Jesus-Trip. Wir machen nur sowas wie ne echte Jahresabschlussausgabe. So mit Jahresrückblicken und Fragen für die Zukunft, Hoffnung und Selbstkritik. Und weil wir so schön regelmäßig unregelmäßig sind, dauert es dann eben ein Weilchen bis zur nächsten Nummer. Deshalb gibt's auch einen Text zum länger lesen, am warmen Kaminfeuer drüber diskutieren und antworten. Die „Freien Radikale/Freunde Dora Kaplans“ haben einen sehr spannenden (und sehr langen) Text eingeschickt, der die militante Debatte wieder in Gang bringen soll. Irgendwie hatten wir auf so einen Text gewartet – die Debatte, die darin angestoßen wird, soll und muss geführt werden. Allerdings haben wir das Gefühl, es ist eher ein guter Debattenstart als ein wirklich zufriedenstellender Text. Trotz der Länge bleibt er doch in vielen Punkten vage, die wir spannend fänden. Z.B. ist uns nicht klar, welche Utopie den Autor_innen vorschwebt, wenn sie auf den Mangel an Utopie unter Militanten hinweisen. Wir denken, zu jedem Abschnitt müsste jetzt eine Reihe von Antworten kommen. Wir freuen uns drauf.

Gefreut und geärgert hat uns der Beitrag zur Debatte um Sexismus in den eigenen Reihen. Gefreut hat er uns, weil die Debatte geführt wird. Geärgert hat uns der Inhalt. Zuerst: was auch immer mensch von der Idee der Frauenreihen (waren es nicht FLT-Reihen?) auf der Silvio-Meier-Demo hält, uns schienen sie schon deshalb nötig, um die Debatte um Sexismus, Mackertum und hegemoniale Männlichkeit in unseren Zusammenhängen mal wieder offen zu führen. Die, die jetzt sagen, Debatte ja, Frauenreihen nein, sollten sich vielleicht fragen, ob sie zu der Frage auch dann einen Text geschrieben hätten, wenn es die Initiative zu den Reihen nicht gegeben hätte. Zum anderen fragen wir uns, ob die vorgetragene Kritik an den Frauen- bzw. FLT-Reihen die Initiator_innen wirklich trifft: Die erste Reihe auf der Silvio-Meier-Demo war nach unserem Eindruck entschlossen, kämpferisch, konfliktfreudig und laut. Also alles, wovon die Autor_innen des Beitrages behaupten, dies sei „männlich codiertes“ Verhalten, das die Aktiven der Ersten Reihe pauschal ablehnen würden. Und noch was fanden wir problematisch. Unseres Wissens wurden Trans*personen nicht ausgeschlossen. Außerdem finden wir es schwierig queere und Trans*Positionen gegen Feminismus auszuspielen. Das scheint uns die Konsequenz aus der Position des Beitrags zu sein – und wir hoffen, da kommen Gegenpositionen. Auch diese Debatte sollte geführt werden.

Ihr seht: Auch im nächsten Jahr ist dieses kleine unzensier- und unfangbbare Magazin äußerst lesenswert.

Ach übrigens, bringt doch mal dem Bioladen um die Ecke eine paar Interims vorbei. Oder nehmt welche auf die Jahresend-Feierlichkeiten mit. Wir brauchen nämlich neue Verteilstellen, nicht zuletzt, um die Buchläden zu entlasten. Denn Solidarität und Unterstützung forderten diese völlig zu Recht auf der gutbesuchten Infoveranstaltung im Festsaal Kreuzberg ein. Leider war die Diskussion eher von Ratlosigkeit geprägt. Ein erster Ansatz vielleicht: massenhaftes Verteilen der interim.

So, jetzt aber genug gequatscht, viel Spaß beim Lesen, Diskutieren, Verteilen und wild Kopieren. Lasst es zum Jahreswechsel ordentlich krachen! Böller statt Böller!

Eure Red.

INHALT

Hoffnung, Militanz, Perspektive	4
Rückblick auf die Volkssportsaison 2010	27
Zündeln in Zehlendorf	29
Wenn aus vermeintlichem Antisexismus...	30
Spitzel in GB geoutet	32
Auch Obdachlose haben Namen	33

Impressum:

Herausgeberin: Interim e.V.
VizeP: Charlotte Schutz
Gnelsestr. 2a
10961 Berlin

Eigentumsverbehalt

Diese Druckschrift ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. Zur Habennahme ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin unter Angabe der Gründe zurückzusenden.

IHR SCHRIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns in Briefkasten sein.

per Post

Interim, Gnelsestr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf

Umschlag beschriftet mit „Interim“ in den Türschlitzen des Postraums im Mehringhof 2 Hof, Aufgang III, 1 OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar.

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Einschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zuspät geöffnet wurden oder verschwanden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

in gut so genannten linken Buch- oder Infobüch, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jeder sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euer! Zum Verteilen und zum Geld-Organisation, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stelle Spendendosen auf, organisiert Soli-parties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM!

Bei Euch nicht geht und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schick uns Feedbacks und kündigt Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schick uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitze (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!



KIDS AGAINST ASSHOLES

HOFFNUNG, MILITANZ & PERSPEKTIVE

*Ein Diskussionsvorschlag
Freie Radikale / Freunde Dora Kaplans*

Anknüpfungen.....	2
Zu unserer Verortung militanter Praxis.....	3
Militanz, Soziales & widerständischer Zusammenhang.....	4
Militanz im Wohnzimmer.....	5
Sabotage, zivilen Ungehorsam & Protest zu einer militanten Strategie verknüpfen.....	8
Partei ergreifen gegen Parteien.....	9
Sichtbarkeit organisieren für Militanz - und das Soziale des Zusammenhanges.....	10
Warum gibt es keine militante Debatte.....	12
Mit wem diskutieren?.....	13
Der Vorschlag konkret.....	14
Die Hunde bellen.....	16
...die Karawane zieht weiter: Einige weitere Vorschläge.....	17
INTERIM als militantes Medium.....	19

Die Mühlen mahlen langsam. Doch sie mahlen.

Wir haben zwei Vorschläge mitgebracht.



Dieser Text befürwortet ein kontinuierliches, sich auf einander beziehendes militantes Diskussionsforum. Konkreter Vorschlag ist eine militante Diskussionsstruktur, offen und doch klandestin. Wir schlagen eine inhaltliche Diskussion vor, die auf gesellschaftliche Breite und Radikalität setzt und sich in der Praxis nicht mit z.B. anderen sozialrevolutionären und libertären Herangehensweisen ausschließt! Militante Perspektiven im gesamtgesellschaftlichen Rahmen und im Konkreten und die damit verbundene Hoffnung auf eine befreite Gesellschaft sind Kerne unseres Interesses an einer breiteren Debatte. Es gibt für uns keine Zugangsvoraussetzung zur Diskussion in dem Sinne, dass man „militant sein muss“. Wir haben ein Interesse an einer radikalen, militanten Diskussion unabhängig von der Praxis der Beteiligten, deren politischer Arbeit und Lebenswelten. Wer sich, auch in Teilen, für unseren Vorschlag erwärmen kann, sei ermuntert in die Diskussion einzusteigen. Von dort, wo er/sie steht. Eine breite Streuung dieses Papiers kann einer vielschichtigen Diskussion förderlich sein. Die „Interim“ ist eine überregional wirksame Zeitung, die von ihrem Potential her als Organ eines ebensolchen Diskussionsforums fungieren könnte. Das setzt ihre Stärkung und die Zurückweisung von Angriffen wie derzeit gegen die Buchläden in Berlin und einigen anderen Städten voraus.

Weiter unten konkretisieren wir diesen Vorschlag und grenzen ihn von zwei anderen politischen Projekten ab. Beiden ist gemein, dass sie - aus einem linken Selbstverständnis heraus - einen hegemonistischen Anspruch gegenüber anderen Linken entwickeln.

Mit letzterem meinen wir einerseits Strömungen innerhalb der „Interventionistischen Linken“ (IL), die unnötigerweise militante Positionen gegen massenkompatible Konzepte auszuspielen versuchen. Und ihre Praxis entsprechend organisieren.

Zweitens meinen wir eine Gruppe, die sich durch die Vereinnahmung der Zeitschrift „Radikal“ hervortut, um **Relevanz und Orientierung** vorzutauschen. Diese Randerscheinung - „Revolutionäre Linke“ (RL) - wäre uns kein Wörtchen wert, wenn sie nicht das aufdringliche und zugleich tragisch-komische **Projekt** verfolgen würde, innerhalb militanter Strukturen die Führung zu übernehmen.

Beide Projekte sind in gewisser Weise hilfreich, lässt sich an ihnen doch aufzeigen, was wir *nicht* wollen. Hier geht es nicht um ein Bashing, das leicht und mühelos möglich wäre, sondern um eine Schärfung dessen, wofür wir uns und andere stattdessen erwärmen wollen. Auch mag es so erscheinen, als würden wir uns zwischen zwei Polen positionieren – doch beide Projekte eint (auch und gerade wenn sie anderes vorzugeben scheinen) eine gewisse Hilf- und Perspektivlosigkeit hinsichtlich der Idee von einer befreiten Gesellschaft, wenn auch von unterschiedlichen ideologischen Standpunkten aus gesehen. Genau genommen sind sowohl die IL und die wesentlich unbekanntere RL Nebenschauplätze. Uns geht es um eine Bestandsaufnahme und Innensicht hinsichtlich einer militanten Perspektive im Zusammenhang mit einer politischen Utopie der sozialen Befreiung.

Wenn eine militante Perspektive und Utopie, beispielsweise bei autonomen Gruppen, in dieser Frage wirklich sehr viel weiter entwickelt wäre als wir annehmen, würden wir uns sehr freuen. Wir möchten erst einmal Zweifel anmelden, nicht zuletzt weil wir mit Bedauern beobachten, dass immer weniger Kontext vorkommt in den Erklärungen zu ansonsten durchaus gelungenen direkten Aktionen. Vielleicht ist ja allen alles klar. Das glauben wir nicht. Zumindest was die Vermittlung über unsere eigenen Kreise im weitesten Sinne angeht...

Wir werden durch unsere Positionierungen einige Entgegnungen ermöglichen. Kontroverse Diskussionen sind gewollt. Sie bringen uns weiter.

Anknüpfungen

Wer wir sind und ob es uns überhaupt gibt, werden wir nicht erklären. Auch nicht, wie viele wir sind und wo wir herkommen. Wir sind da. Alles andere ist Spekulation. Punkt. Nach den ersten Veröffentlichungen (siehe Fußnote 1) vor drei Jahren, als sich erstmals „freie radikale“ zu Wort meldeten, kam erst mal nichts. Unschlüssig, an welchem Punkt eine militante Debatte zu entwickeln ist, weil z.B. eine Einschätzung über ihren Stand fehlte, theoretisch wie praktisch, war Schweigen eine angemessene Reaktion.

Gute Beiträge, die sich auf die drei Beiträge der „freien radikalen“ vor zwei Jahren direkt oder indirekt bezogen haben, blieben in der Luft hängen. (Siehe Fußnote 2)

Gibt es die Kapazitäten oder den Willen, eine militante Debatte ins Leben zu rufen und am Laufen zu halten, so war unsere Frage? Oder: Könnte sich eine militante Debatte selber am Leben erhalten, ohne dass es eine Gruppe oder eine Struktur mit koordinierender und immer wieder antreibender Kontinuität dazu bräuchte? Und vor allem: welche Richtung soll sie haben, wenn sie eben nicht den autoritären Stil der „militanten Gruppe“ und den doktrinären Kommunismus a la „Revolutionäre Linke“ mit der zum Parteiblatt umfunktionierten „radikal“ reproduzieren will? Was soll eine militante Debatte gegenwärtig voran bringen? Und zu welcher gesellschaftlichen Veränderung soll sie führen, wenn unter dem Begriff „Revolution“ so viel Scheiße gelaufen ist und siehe „radikal“ (Siehe Fußnote 3) noch läuft?

Neuerdings alternativ dazu: Der kommende Aufstand. Aber weicht dieser Aufruf der Frage nach einer neuen Bestimmung „militanten, auch bewaffneten Widerstandes“ und „revolutionärer Utopie“ nicht vielleicht nur subjektivistisch (nicht: individualistisch, das sind – zugegebenermaßen – zwei verschiedene Dinge) aus? Warum wurde die Idee eines „Aufstandes“ eingebracht und die Diskussion dann dem bürgerlichen Feuilleton von FAZ bis taz überlassen? Worin drückt sich der neue Gehalt des Konzepts „Aufstand“ aus? Und ist der Wunsch nach einem „Aufstand“ nicht doch nur der Wunsch einer urbanen Minderheit, der nicht korrespondiert mit den gesellschaftlichen

Realitäten in Kleinkleckersdorf. Gibt es sie überhaupt, die Gemeinsamkeiten zwischen den Peripherien in Ost- und West-Deutschland und in Frankreich? Und wenn ein „Aufstand“ kein subjektivistisches Strohfeuer ist oder sein will, wo befeuert er die gesellschaftlich anzugehenden militanten Aufstände nachhaltig? Ist der „Aufstand“ eine Simulation oder schafft die „Simulation“ den erhofften Aufstand?

Demgegenüber: Wo steht ein Projekt wie die „IL“, in der Gruppen und Einzelpersonen mit Parteien flirten und neue Machtstrukturen stiften? Will die „IL“ ein radikales Projekt der militanten Bewegung im weitesten Sinne werden/sein und ein egalitäres Organisationsmodell vertreten, welches vorwiegend öffentlich aber auch militant interveniert? Oder will die „IL“ - anstatt Herrschaftsformen zu zersetzen - Herrschaftsstrukturen besetzen? Sprich: Erneut den Weg einschlagen, den zwei Generationen zuvor viele 1968er (und eine Generation zuvor viele aus den sozialen und autonomen Bewegungen der 1980er Jahre beschritten haben), die an die institutionellen Machtstrukturen andockten oder sich analog organisierten, dadurch Teil davon wurden und im Effekt aktiv und wissentlich Herrschaft modernisierten und damit stabilisierten? Dann ist eine bundesweite Organisation sicherlich ein guter Weg - aus den informellen Hierarchien derer, die sich das Reisen leisten können und die Fähigkeiten zum repräsentativen Sprechen und Agieren in einer solchen Organisation mitbringen, können dann bei Gelegenheit offizielle Hierarchien gemacht werden. Der „Gegensatz“ zwischen Fundis und Realos ist dabei kein Widerspruch, sondern Teil der machtpolitischen Inszenierung, solange das Projekt den Rahmen nicht sprengt, den staatliche Spielregeln und die Grenzen eines von oben organisierten „zivilen Ungehorsams“ vorgeben.

Wie kann eine Reorganisation einer militanten Bewegung und Perspektive mit einer radikalen, libertären Perspektive und Utopie voran gebracht werden? Und: Ist die Stärke bestimmter Strömungen nicht auch nur die Schwäche einer z.B. anarchistischen, autonomen und sozialrevolutionären Bewegung?

Es ist zu hoffen, dass die betreffenden Gruppen, die sich vor drei, bzw. zwei Jahren zu Wort gemeldet haben, einen langen Atem haben und anknüpfen können - gegebenenfalls ihre Positionen wiederholen, dort wo sie aktuell geblieben sind oder neu formulieren. Neue Gruppen, die diesem Beitrag etwas abgewinnen können, sind eingeladen, die Neubestimmung eines militanten Diskussionsforums mitzugestalten.



Zu unserer Verortung militanter Praxis

Wir stellen heute fest, dass in den letzten Jahren eine Welle militanter Aktionen viele Militante und militante Kerne überrascht hat. Der Höhepunkt liegt derzeit im Jahr 2009. Über den G8-Gipfel und den militanten Kampagnen dazu, die Kriminalisierungswelle gegen Alt-Autonome, der Zerschlagung der „mg“ und der anschließenden Soliarbeit, den Vorschlag eines „Aufstandes“, den Kampf gegen Gentrifizierung, gegen Gentechnik auf den Feldern, das Entstehen eines militanten Antimilitarismus und den anarchistisch geprägten Revolten in Griechenland und den militanten Begleiterscheinungen der Krisenproteste etwa in Frankreich und in England hat sich eine Dynamik ergeben, die nach langen Jahren der Stagnation im militanten Umfeld Aussicht auf mehr bot und bietet.

In der beachtenswerten Broschüre „Bauwas“ werden vielfältigste Aktionen aufgelistet und viele Themen abgedeckt, ganz so als befänden wir uns in den Hochzeiten einer politisch, breiten, militanten Bewegung, vergleichbar den 1980ern. Eine Schwäche der ChronistInnen dieser Broschüre ist die mangelnde Kommentierung und Bewertung verschiedener Aktionen bzw. Aktionsformen, die zu einer Perspektivdiskussion hätte führen können. Was bewirken militante Aktionen? Was war die Rezeption einzelner Aktionen – in der Szene und in einer öffentlichen Debatte, sofern es diese gab? Und mit welcher Hoffnung wurde im einzelnen agiert und hat sich diese erfüllen können? Die Kontextualisierung der Aktionen fehlte uns. Aber vielleicht muss diese Aufgabe zukünftig auch von den militanten Kernen, Zusammenhängen und Gruppen selber mehr erledigt werden. Oder von Gruppen, die sich für zuständig erklären.

Die Anzahl und Qualität militanter Aktionen spiegelt nicht unbedingt oder nur sehr undeutlich die gesellschaftliche Sichtbarkeit wider. Das Feld der Herstellung öffentlicher Sichtbarkeit (wir wollen das nicht auf „Pressearbeit“ reduzieren) wird in der Regel eher dem Spektrum der „IL“ überlassen, die über ihre Beschränkung auf Pressearbeit in Richtung Mainstream eben nicht in der Lage ist, öffentlich-militante Position zu vertreten. Die Öffentlichkeit hat einen riesigen blinden Fleck, dort wo wir diese militante „Bewegung“ sehen. Gerät ihr Militantes in den Blick, dann nur extrem verzerrt. Was diese Tatsache für die gesellschaftliche Bedeutung ausmacht, ist eine interessante Frage. Dies ließe sich trefflich am Beispiel militanter, antimilitaristischer Aktionen diskutieren, die ja auch im Einklang mit einer mehrheitlichen Ablehnung von Kriegseinsätzen durch die Bevölkerung z.B. in Afghanistan stehen. Die augenscheinliche Diskrepanz zwischen militanten Aktionen und nicht oder wenig vorkommender/vorhandener gesellschaftlicher Sichtbarkeit wirft die Frage auf, wie erfolgreich eine Militanz sein kann, wenn sie zwar gesellschaftlich richtig liegt, aber sozial in der Luft hängt, also politisch ohne Anknüpfung agieren muss oder aber die Aktion so sehr im Mittelpunkt steht, dass der Vermittlung kaum noch Priorität im Aktionskonzept zukommt. (Die AKW-Bewegung bildet vielleicht die große Ausnahme, während hier eine militante Bewegung gerade aufpassen muss, politisch nicht unsichtbar gemacht zu werden, obwohl sie sozial breit verankert ist.)

Oft wird – im Zusammenhang mit Aktionen gegen Gentrifizierung in Berlin – argumentiert: Obwohl die Vielzahl nächtlicher Aktionen gerade nicht mit einem hohen Organisationsgrad einer Bewegung einhergeht, die viele Menschen tagsüber einlädt und einschließt, haben die regen nächtlichen Tätigkeiten doch wenigstens Öffentlichkeit hergestellt und eine Debatte im Mainstream erzwungen. Das also ist viel wert. Doch was bringt es und wem nutzt es, wenn die Aktionen einer militanten Szene den Effekt haben, dass es zu reformistisch verkürzten Diskussionen über Missstände im Bestehenden kommt, wo die Aktionen doch den Weg frei machen (oder halten) sollen für den Aufbau einer ganz anderen, nämlich befreiten Gesellschaft? Kann also eine militante Praxis ohne offene sozial-revolutionäre Bewegung auskommen? Und was sind heutzutage Bewegungen, wenn Interessen sich netzknotenförmig bündeln und ebenso schnell auflösen? Wie und wo haben militante Kerne darin einen Platz? Muss es nicht zu den militanten, zum Teil anspruchsvollen Aktionen eine Entsprechung im öffentlichen Raum geben? Orte der Diskussionen, an denen Resonanzen entstehen können, die sich im Wechselverhältnis mit militanten Aktionen auch öffentlich ausdrücken? Damit die Aktionen nicht im medialen Blätterrauschen wirkungslos verpuffen. Wer kann solche Räume schaffen und ausfüllen?

Militante Öffentlichkeitsarbeit wäre eher sozial-revolutionäre Bewegungsarbeit als kampagnenbezogene Pressearbeit.

Militanz, Soziales & widerständischer Zusammenhang

Wie können militante Kerne sozial Bestand haben, wenn die Entstehung von Bewegung internet-basiert und netzwerkförmig, individualisiert und nur temporär entsteht, um

nach Erledigung eines Events, eines Themas wieder zu zerfallen? Wenn die Dynamik neoliberaler gesellschaftlicher Prozesse das Soziale der Zusammenhänge zerreißt, fragmentiert, individualisiert und vereinzelt – die militanten Kerne aber das Soziale des Zusammenhangs als Lebenselixier benötigen: Wie können wir das Soziale des politischen Zusammenhangs als militante Perspektive zur Diskussion stellen?

Wir sind uns sehr bewusst, dass ein Teil der militanten Szene die Tragweite dieser Aussage eventuell nur schwer erfassen kann – ist doch die Individualisierung in der Szene und in vielen Gruppen sehr weit fortgeschritten und die politische Bedeutung des Sozialen als Perspektive für den Widerstand jenseits des eigenen Wohnzusammenhangs nicht sonderlich attraktiv. Nicht umsonst bringt die neoliberale Kolonialisierung unseres Lebens und unserer Kämpfe Funktionen wie den "Widerstandsmanager" hervor: IL-Kader, die im Wendland versuchten die Massen zu dirigieren. Die Bedeutung des Kollektivs, vor dem Hintergrund der Erfahrung vieler Jahre aus berechtigten Gründen immer wieder zu hinterfragen, ist in seiner positiven, sozialen Qualität von neoliberalen Verhältnissen und Bewusstseinszuständen überrollt worden. Die "ICH-AG", das damalige Unwort des Jahres, eingeführt von der Schröder-Fischer-Regierung, steht für einen neoliberalen Umbau der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes, die das Soziale, das Gemeinsame, Gemeinschaftliche, Kollektive zerstört und zerstören sollte. Der Angriff verringerte nicht nur den gesellschaftlichen Mindestlohn und führte den Zwang zur hypermobilen Arbeit ein für diejenigen, die nicht verhungern wollen, er veränderte damit nicht nur die materiellen Bedingungen und die Arbeitswelt der Menschen, sondern das soziale Leben und Bewusstsein insgesamt.

Viele Linke und auch militante Gruppen haben dazu oft kein politisches Verhältnis. Die soziale Qualität des Widerstandes lässt sich gut in Gorleben erkennen. Ohne das soziale Verhältnis der Menschen zueinander wäre schon alleine die beeindruckende Bereitstellung der Protest- und Widerstandsinfrastruktur vor Ort unmöglich. Und ohne diese gewachsene Infrastruktur, die sich aus den in vielen Jahren des Kampfes gesammelten sozialen Erfahrungen ergeben hat und auf die immer wieder und weiter aufgebaut wird, wäre weder für eine Sitzblockade noch für das Schottern oder andere militante Aktionen die Basis vorhanden gewesen. Es sind die Menschen, deren Leben sich im Widerstand sozial revolutioniert, die den Widerstand tragen. Das verbinden wir mit sozialer Revolution: Die Entstehung sozialer Gruppen, Strukturen, Zusammenhänge, deren Kämpfe den Alltag berühren, revolutionieren und neue soziale Perspektiven im Hier und Jetzt zu leben beginnen und hinsichtlich einer Zukunft aufmachen. Das Soziale und der Widerstand, der den Ausbau sozialer, gerechter Lebensbedingungen ins Auge fasst und täglich praktisch betreibt, sind die Kerne einer sozial-revolutionären Entwicklung, die der gegenwärtigen weltweiten Herrschaft der Barbarei – des neoliberalen, kriegerischen "Projekts" mit seiner gnadenlosen Vernutzung allen Lebens - entgegensteht.

Militanz im Wohnzimmer

Wir wollen mehr Diskussionen, weil uns eine übergreifende Zielbestimmung militanter Praxis oft fehlt. Für sich genommen sind einzelne Aktionen gut, aber welche gesellschaftlichen Perspektiven werden damit verbunden, und wo drückt sich im Alltäglichen eine militante Haltung aus? Ist eine Zusammenführung einzelner Themenbereiche auf eine aktualisierte, libertäre Gesamtvision ein Ausweg aus der Verstrickung in Teilbereichskmpfe und dem Problem stagnierender kleiner, isolierter Strohfeder, deren Wärme nicht für die Entzündung eines Flchenbrandes ausreicht?

Wenn Widerstand nicht als Hobby und Laune, als Chic oder Thrill für einen gewissen Lebensabschnitt oder eine Bewegungsbiographie nicht als Karrieresprungbrett in die Politik dienen soll, dann müssen wir wissen, wofür wir etwas riskieren wollen. Wollen (und können) Militante mehr als nur Feierabendpolitik und die dem entsprechende Feierabendmilitanz? Uns beschleicht der Verdacht, dass sich einige Militante eingerichtet haben und an fundamentale Utopie-Entwürfe und entsprechende Weichenstellungen nicht heran wagen – oder aber eine politische Analyse der gesellschaftlichen Situation haben, die zur Schlussfolgerung eine Art reformistische

Militanz hat. Letztere wäre uns den Stress nicht wert. Und eine sich militant einrichtende Linke ist ohne Sinn und wenig akzeptabel, wenn wir uns in ein Verhältnis zu den laufenden und zukünftigen lokalen und globalen Umbrüchen und Krisenszenarien durch Kriege, Hunger, Klimazerstörung und dergleichen mehr setzen wollen. Wir kritisieren an einer reformistischen bzw. im linken Establishment angekommenen Militanz deren Selbstbezogenheit, Selbstgefälligkeit, deren Lässigkeit - die trotz eines gewissen, kalkulierten Risikos und einiger Entbehrungen - eine luxuriöse Metropolenposition bleibt. Vielleicht ist dies aber auch dem insgesamt fehlenden Kompass bzw. der nicht zu Stande kommenden Verständigung hinsichtlich einer Utopie geschuldet. Militante Aktionen alleine reichen nicht um herauszufinden, wohin die Reise gehen soll und wie Kämpfe derzeit überhaupt noch beschaffen sein und sich finden können, um die Situation international zugunsten einer herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaftlichkeit aufzubrechen und die Hinterlassenschaften der zerstörerischen, patriarchal-kapitalistischen Epoche abzuwickeln. Kein Wunder dass die fundamentale Ablehnung am klarsten bei militanten Aktion gegen das Militär zutage tritt. Hier funktioniert der Kompass weitgehend. Das ist gut. Ist aber auch einfach: Am Militär ist nichts gut.

Wenn wir sagen, die Linke und auch die Militanten scheinen sich eingerichtet zu haben, dann meinen wir: Sie streben nicht wirklich noch echte Veränderung an. Resigniert und desillusioniert darüber was möglich ist, drohen wir immer wieder im Trott zu verharren. Schlimmer noch: Eine Perspektive würde Angst machen - weil sich dann was für die Situation verändert, in der man sich befindet. So weit ist die Resignation fortgeschritten: Militante Aktionen finden statt, ohne dass sie die dahinter stehende Hoffnung vermitteln, dass sich etwas verändert. Die Aktion bringt lediglich nur eins zum Ausdruck - aber das immerhin: Wir sind mit der Gesamtsituation unzufrieden. Krass gesagt: Kein Schwein glaubt mehr an was. Trotz Kapitalismus in der Krise, trotz Zusammenbruch des autoritären Sozialismus scheint die Linke ohne Perspektive. Seit dem Zusammenbruch der Koordinaten, in denen sich die Linke bis 1989 bewegte, hat sie sich bis heute nicht auf ein neues Koordinatensystem verständigt - nicht einmal reflektiert hat sie, was eigentlich zusammengebrochen ist. Man kann natürlich irgendwo im historischen Verlauf anknüpfen - wie die „mg“ oder „RL“, die die alte Avantgarde-Scheiße in neue Schläuche füllt bis sie hoffentlich bald platzen. Doch eine Perspektive ist das nicht. Die russische Revolution konnte die Welt noch inspirieren um dann - und sei es unter dem Druck der Reaktion und des Faschismus, sei es weil sie darauf angelegt war neuen Eliten den Weg nach oben zu bahnen - autoritär zu verknöchern. Die Schlüsse daraus haben einige bis heute noch nicht gezogen.

Stattdessen springen wir von Event zu Event, von Großereignis zum Gipfel und zurück. Events und Kampagnen werden mit einem großen logistischen Aufwand inszeniert und laden zum Bewegungskonsum ein. Zurück vor Ort haben die Gruppen, sofern es überhaupt Gruppen sind, bestenfalls ein gutes Gefühl für eine Weile, aber keine gemeinsame Utopie - oder das was sich wie eine anfühlt, zerbröseln schnell wieder. Die Großereignisse bestechen zwar durch eine Massensichtbarkeit, man spürt sich mächtig, aber überdecken damit, dass insgesamt eine Perspektive fehlt. Selbst Gorleben, gespeist von einer Wut, weil da was nicht stimmt, weil einem die Arroganz der Herrschenden ankotzt, weil Atomkraft eine Schweinerei ist, weil der Polizeistaat und die Wirtschaftslobby Scheiße sind, bietet keine Perspektive über das Ereignis und das Thema hinaus an, das diskutiert wird. Die Frage nach der Gesellschaft, die wir wollen und wie wir sie erkämpfen wollen, taucht nicht auf in den Skandalgeschichten um die Asse und den Strategiedebatten um den richtigen Umgang mit Gleis und Schotter. Gorleben stellt keine grundsätzliche Machtfrage, höchstens die Frage nach der besseren Regierung. Gorleben ist ein Teilbereichskampf, strategisch richtig gesetzt, um die Atomkraft abzuschalten, aber auch mit Heimatschutztendenzen, weil nicht explizit und praktisch verknüpft mit den Kämpfen gegen die sozialen Verhältnisse in diesem Land und in anderen Ländern, oder auch den migrantischen Kämpfen etc. Da käme der Konsens der in weiten Teilen sehr bürgerlichen Bewegung schnell ins Wanken.

Sträuben wir uns gegen die Idee einer Perspektive oder Utopie, weil wir Angst haben, dass sie das festgeschriebene, das individualisierte Leben zur Diskussion stellt, in dem wir uns eingerichtet haben? Weil wir ahnen, dass wir uns vielleicht entscheiden müssten, aus den zementierten Verhältnissen, die wir ja so hassen, hinaus zu treten? Weil wir Angst haben, dass es plötzlich einen Grund gäbe etwas zu riskieren und Hoffnung die Welt verändern zu können? Eine gemeinsame Utopie entwerfen und erarbeiten: Das muss aber ja nicht heißen, dass alle dann plötzlich kämpfen MÜSSEN. Aber es gäbe eine Orientierung für die, die gemeinsam losgehen WOLLEN. Mit all den Mitteln und Möglichkeiten, in all unseren Unterschiedlichkeiten, die zur Verfügung stehen.

Wo also wollen wir hin, wie und mit wem?

Sabotage, zivilen Ungehorsam & Protest zu einer militanten Strategie verknüpfen

Erinnern wir uns z.B. an die bundesweiten Angriffe auf Bullenwachen, mit dem herausragenden Ereignis an der Hamburger „Lerchenwache“. Oder die teil-erfolgreiche Kampagne gegen die DHL. Eine militante Aktion muss nicht per se auf die Ausweitung und Stärkung einer militanten Bewegung abzielen (oder diese gar ausrufen). Doch eine libertäre, gesamtgesellschaftliche Perspektive entsteht nicht ohne Zusammenspiel der militanten Kerne untereinander und mit öffentlichen und halböffentlichen Strukturen und die dadurch erst gegebenen breiteren Aktionsmöglichkeiten. Sabotage, Massenmilitanz, ziviler Ungehorsam, Subversion, öffentliche Aktionen und Events gehören zusammen gedacht und auch in einem Atemzug genannt (!), um überhaupt zu einer gemeinsamen inhaltlichen und praxen-übergreifenden Perspektive kommen zu können, die der Horrorperspektive des andauernden globalen Normalzustandes ein Ende setzt. Der Angriff auf die „Lerchenwache“ verortet sich vielleicht als Unterstützungshandlung für die „Rote Flora“, aber er findet zum Beispiel keinen Raum in einer „Recht auf Stadt“-Demo in ihrer ganzen Breite und Breiigkeit. „Recht auf Stadt“ schweigt mehr oder weniger höflich zu der Attacke auf die Bullenstation – wo gerade eine eindeutige Bezugnahme aus einem solidarischen Verhältnis heraus inhaltlich geboten wäre. Denn sowohl der militante Haufen gegen die „Lerchenwache“ als auch das „Recht auf Stadt“-Bündnis wollen andere Verhältnisse in einer Stadt, die durch verschärfte Ausgrenzung, Armut und Repression gekennzeichnet ist. Hier müssen Strukturen und Formen geschaffen werden, um in eine offensive Auseinandersetzung zu kommen, in der sich solidarisch aufeinander bezogen wird.

Die Distanzierung eines Sprechers von „Castor Schottern“ gegenüber der Presse in Berlin angesichts einer militanten Aktion von AtomgegnerInnen gegen die Berliner S-Bahn (siehe Fußnote 4) offenbart vor allem eines: Die neue Selbstbeschränkung einiger Linker auf zivilen Ungehorsam als alleiniges Allheilmittel (für was eigentlich?) ist gefährlich, entpolitisiert und dumm. Bei den ersten Anläufen der Schotteraktion mussten sich die „Massen“ trotz großer Beteiligung vom Tränengas einnebeln und von Bullen verprügeln lassen. Zwar ist die soziale Qualität dieser Mobilisierung im Wendland eine, die wir nicht klein reden wollen, aber wenn die SprecherInnen den Erfolg darin sehen, dass andere BlockiererInnen den Rücken freigehabt haben, weil „die Masse“ Polizeikräfte gebunden habe, dann müssen sie sich einiges fragen lassen. An die 1.000 vor allem vom Gas verletzte Menschen sind ein hoher Preis. Sollen sich



radikale und militante Strukturen verheizen (lassen), damit andere Pressesprecher sich als Polizistenversther betätigen und den zu langen Einsatz der Bullen bedauern können? Oder damit ein „Back Office“, also eine rückwärtige Verwaltung, unkritisch und selbstverliebt Erfolge herbeiredet, wo eine ernsthafte, selbstkritische Analyse von Erfolg und Misserfolg der Schotteraktion angeraten wäre? Dass später dann doch die Gleise erreicht wurden, war letztlich durch die Erfahrung von Militanten vor Ort im Wald und den Rückgriff auf unkontrollierte, subversive Formen möglich. Es hat dann ansatzweise geklappt, weil sich genügend Leute im Wald entschlossen, die sich selbst beschränkende Methodik des von oben und außen gelenkten zivilen Ungehorsams zu überschreiten. Ohne diese Entscheidung vor Ort hätte der dritte Schotteranlauf nicht funktioniert.

Wer trägt ein solches Konzept beim nächsten Mal mit, wenn klar ist, man ist der Punchingball für arme, überarbeitete Beamte – die am liebsten auch gegen den Castor demonstrieren würden, oder was?? Irgendwann bricht die Massenbeteiligung nämlich aufgrund der Wehr- und Aussichtslosigkeit angesichts der Bullenpräsenz weg. Derartige Event-Mobilisierungen sind nicht ewig wiederholbar. Bevor die Bulleneinheiten nicht meutern und überlaufen – oder zu solchen Einsätzen wenigstens massenhaft krank und blau machen – haben sie kein Mitleid verdient. Entscheidend wird zukünftig sein, wie Aktionen zivilen Ungehorsams genauso wie andere militante Praxen auch vor Bullenangriffen geschützt werden können. Vor diesem Hintergrund stellt die oben schon erwähnte Distanzierung aus den Reihen von IL/Avanti ein Armutszeugnis dar (und eine unrühmliche Fortschreibung der Distanzierungen einiger „Sprecher“ in Heiligendamm). Den Vogel allerdings abgeschossen hat die Junge Welt (siehe Fußnote 5). Beiden Äußerungen, und das ist zu betonen, verbindet das ideologische Interesse militante Aktionen unsichtbar zu machen bzw. ihre Existenz zu leugnen. Ohne öffentliche Revision ihrer Statements passen die beiden Personen nach unserem Verständnis nicht mehr in emanzipative Strukturen. Nebenbei zeigen solche Episoden immer wieder, wie wichtig es ist, selbstbewusst eigene militante Medien aufzubauen und zu betreiben. Dort müsste dann nicht unter den Tisch fallen, dass es aktive Gegenwehr gab, um nach dem Scheitern des ursprünglichen Organisationskonzeptes doch noch auf die Gleise zu gelangen. Und dass die Hälfte der Schotternden dem autonomen Spektrum im weitesten Sinne zuzuordnen waren.

Schauen wir in die unmittelbare Zukunft: Unbeantwortet ist bisher die Frage, wie eine breite Blockade von Naziaufmärschen funktionieren kann ohne gegenüber Naziangriffen „wehrhaft“ zu sein, wenn diese den Angriff suchen und die Polizei keinen Schutz darstellen kann oder will, oder nicht vor Ort ist. Die Nazis, die – spektakulär in Dresden, aber auch an vielen anderen Orten – ihre Aufmärsche nicht durchsetzen konnten, verlagern einen Teil ihrer Aktivitäten und werden dabei immer aggressiver. Brandlegende Nazis sind nichts neues. Deswegen ist es aber nicht falsch sich klar zu machen: Wenn die Nazis jetzt, statt dumm am Bahnhof rumzustehen, meinen unsere Läden anzünden zu müssen, dann müssen sie auch mit militanten antifaschistischen Reaktionen rechnen. Die Mobilisierung nach Dresden darf sich weder auf die alleinige Wirksamkeit von Blockaden verlassen, noch auf den Schutz durch Bullen. Es braucht eine militante und unberechenbare Komponente gegen die Nazis und dementsprechend Schutz gegen Bullen, die sich den Anspruch auf ihr Gewaltmonopol weder durch Sitzblockierende (so viel sollte seit den blutenden Augen von Stuttgart 21 klar sein) noch durch militante Aktionen aus der Hand nehmen lassen wollen.

Partei ergreifen gegen Parteien

Unberechenbarkeit war immer eine wesentliche Komponente im Widerstand. Politische Parteien haben in keiner Bewegung etwas zu suchen – weder in Gorleben, noch in Stuttgart oder Dresden. ParteienvertreterInnen - und niemand anderes - spalten die Bewegungen durch ihre nicht zur Diskussion stehende Vorbedingung von Legalismus, Staatshörigkeit und Gewaltfreiheit – angesichts und gegenüber staatlicher und faschistischer Gewaltstrukturen und -praxis. Wer diese Akteure in eine soziale Bewegung integrieren will statt sie vor die Tür zu schicken, um erstmal aus ihrer Partei

auszutreten, ist entweder naiv, verfolgt eigene Machtinteressen oder ist politisch zu schwach.

Auch hier verfolgen IL-Gruppen ein taktisches Doppelspiel. Weil man den militanten Antifaschismus der 1990er als solchen und nicht die mit ihm einhergehenden KPD-Mythen und den patriarchalen und militaristischen Habitus der Bundesweiten Organisation (BO) für ein Scheitern verantwortlich macht, wird jetzt auf Breite gesetzt, die sich im Zweifelsfall von Parteien die Inhalte und die Widerstandskonzepte beschränken lässt. Der Wunsch nach Breite macht blind und führt zu opportunistischer Anbiederung. Soll es um mehr gehen, dann ist den IL-Gruppen eine dringende Korrektur nahelegen. Sofern hinter dem Streben nach gesellschaftlicher Breite nicht sowieso eher das Konzept der *Machtübernahme* als das der -zersetzung steckt, und daher die Basisstrukturen für das eigene politische Organisationsinteresse funktionalisiert werden. Und das Gerede von der Hegemonieverschiebung als Konzept überzeugt uns in diesem Zusammenhang auch nicht. (Hegemonie verschiebt sich auch, wenn wir den hegemonialen Block von außen traktieren – sozusagen von unserem Blöckchen aus, dem schwarzen, hahaha.) Wir müssen uns nicht mit der Macht gleich machen um in sie hinein zu kommen. Wenn wir nämlich dann irgendwann drin wären, würden wir aller historischer Erfahrung nach nichts mehr ändern wollen. Andererseits sehen wir derzeit nicht, dass es in den breiten Bündnissen um die Bildung eines antikapitalistischen, antiherrschaftlichen Blocks geht...

Zurück zur Taktik: Die Festlegung einer Bewegung auf das eine oder andere, auf zum Beispiel nur Blockaden oder nur militante Aktionen, führte in der Vergangenheit zu Berechenbarkeiten, machte uns zur politischen Manövriermasse und/oder erleichterte die Einbindung unserer Aktivitäten in die militaristischen Planspiele der Polizei. Politische Konsequenz ist die Spaltung von Bewegung, die Kriminalisierung von Teilen der Bewegung und die Zementierung der reaktionären Macht nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“. Auch die eigene Harmlosigkeit wird durch *ausschließliche* Blockadekonzepte unterstrichen, politisch zementiert und instrumentalisierbar. Militante Strukturen werden neutralisiert und ausgeschlossen. Berechenbarkeit von Bewegung: Daran arbeiten Polizeistrategen. Sie wollen uns kontrollierbar, durch Distanzierungsaufforderungen politisch schnell unter Druck setzbar und von herrschender Seite vereinnahmbar und damit politisch neutralisierbar. Wir wollen das nicht und wir wollen ihnen dabei auch nicht helfen.

Wenn auf Grund gesellschaftlich anvisierter Breite militante Initiativen absichtlich aus dem Konzept heraus fallen, anstatt sie konsequent auf gleicher Augenhöhe einzubinden und auch öffentlich und solidarisch zu benennen, enthält man sich selber die ganzen Möglichkeiten der Handlungspalette vor. Jede Praxis, die auch nur symbolisch auf eine gesellschaftliche, fundamentale Umwälzung zielt, wird so auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Aber nur so ließe sich das Setzen auf gesellschaftliche Breite, zivilen Ungehorsam und militante Gegenwehr in seiner Unberechenbarkeit emanzipatorisch begreifen.

Wir sehen hunderte Verletzte und tausende Traumatisierte für den Fall des Blockade-GAU kommen, wenn der Polizeischutz einer Aktion zivilen Ungehorsams für zynische Machtpolitiker einmal nicht mehr opportun sein sollte und die Nazis von der Kette gelassen werden. Der „breiten“ Blockade-Bewegung wird von heute auf morgen das Genick gebrochen sein. Wir brauchen Strukturen, die - um an dem Beispiel mit den Nazis zu bleiben - den Nazis nicht nur Blockaden entgegenstellen, sondern die sich auch zu verteidigen wissen - gegen Polizeigewalt wie gegen Nazigewalt - und sich nicht auf den Staat und seine uniformierten Schläger verlassen, wenn die Nazis kommen. Ohne sich dabei selber zu militarisieren und doch entschlossen und militant, möglichst gemeinsam und an den Rändern offen zu den anderen Widerstandsspektren. Das



Zusammenspiel von zivilem Ungehorsam und militanten Initiativen zum Schutz und zur Verteidigung beispielsweise von Blockaden führt uns die Verletzten in Gorleben vor Augen – dies den Verbündeten in der „IL“ begreiflich zu machen, ist eine der Konsequenzen, die wir ziehen sollten. Den Kontroll- und Machtfreaks selbstbewusst die Tür zu weisen und mehr Mut zur Selbstorganisation des kreativen Chaos – das wünschen wir der „IL“, sofern sie eine Zukunft haben soll, die mit dem Interesse militanter Bewegung korrespondieren will.

Darüber hinaus: Wie kann nur vergessen oder verdrängt werden, in welchen Verhältnissen wir leben? Die Polizei ist einer der Gewaltapparate zur Verteidigung eines zutiefst ungerechten Gesellschaftsmodells und seiner menschen- und umweltzerstörerischen Produktionsweise. Der bürgerliche Staat hat sich in Krisenzeiten noch immer der Nazis bedient – da müssen wir gar nicht bis zur kontrollierten Machtübergabe 1933 zurückgehen, Todesschwadronen und Geheimlogen tun auch zu „demokratischen“ Zeiten ihren Dienst. Erinnern wir uns: Bis zum heutigen Tag ist das Oktoberfestattentat von 1980 mit seinen vielen Toten in München ungesühnt und die Verwicklung deutscher Geheimdienste und der Faschisten darin unaufgeklärt. Dass die Morde das Ziel hatten, eine Strategie der Spannung durch Terror von oben zu erzeugen, um einen wie Franz Joseph Strauß nach oben zu spülen, wird gerne als Verschwörungstheorie diffamiert, wird deshalb aber nicht unplausibler. Und nur um es gegenüber zu stellen und damit etwas aufzuzeigen: Während wir das hier schreiben, lässt sich die Bundesanwaltschaft von einer Privatperson treiben und fahndet nach den Buback-Mördern, obwohl die RAF-Mitglieder, derer man habhaft werden konnte, bereits kollektiv verurteilt wurden. Gleiches gilt für die Verfolgung zweier Militanter aus den RZ der 1970er des letzten Jahrhunderts, die als RentnerInnen von Frankreich nach Deutschland ausgeliefert werden sollen, um ihnen hier und heute den Prozess zu machen. Dass heute ein Teil der verbürgerlichten Antifa bereit ist, sich mit dem Verfassungsschutz aufs Podium zu setzen, zeigt nur dass sich die politischen Koordinaten verändert haben. Ein Teil der Antifa hat keine gesellschaftliche Utopie mehr und sucht auch nicht mehr danach, innerhalb des demokratischen Systems lässt sich gut ein persönlicher Frieden schließen.

Massenaktionen wie Blockaden, militante Kleingruppenaktionen und massenmilitante Aktionen müssen wieder in Beziehung zueinander gesetzt und hinsichtlich umfassenderer Perspektiven diskutiert werden. Teilbereichskämpfe führen schnell dazu den Gesamtzusammenhang aus den Augen zu verlieren.

Sichtbarkeit organisieren für Militanz – und das Soziale des Zusammenhanges

Trennen einige Teile der „IL“ beispielsweise zwischen Blockaden und militanten Aktionen, weil sie gesellschaftlicher Breite an einzelnen gesellschaftlichen Konfliktfeldern den Vorzug geben vor dem Kampf um eine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf eine befreite Gesellschaft, und sich langsam, quasi „zerrissen“ in das Herrschaftsgefüge einfügen, so unterläuft der militanten Bewegung der umgekehrte politische Fehler. Die Arbeit an der öffentliche Sichtbarkeit von grundsätzlichem politischen Widerspruch und die Definitions- und Interpretationsmacht über militante Bewegungen oder deren Aktionen überlassen die Militanten den reformistischen Gruppen, den „IL“-Strömungen und ihren legalen Strukturen und Publikationen. Innerhalb der „IL“ betreibt ein Teil die Anbindung an Parteien anstatt militante Herangehensweisen auf alle gesellschaftlichen Fragestellungen einerseits auszuweiten und andererseits durch eigene öffentliche und radikal bestimmte Initiativen zu verankern. Dabei beziehen wir uns noch positiv auf jene Kräfte in der IL, die eine Organisation anstreben ohne Dominanz gegenüber anderen Strömungen. Eine ähnliche Funktion der öffentlichen Deutungshoheit über Militanz hatten die Grünen und die taz in den 1980ern. Die Hoheit wurde den kommenden PolitikerInnen und JournalistInnen von einer Militanten Bewegung auch aus Bequemlichkeitsgründen überlassen. Aus dem, was daraus geworden ist, sollten Militante gelernt haben. Doch stattdessen wurde die Pressearbeit z.B. bei der Anti-G8-Mobilisierung den „IL“-Kräften

überlassen und das Fußvolk organisierte sich vor allem in der Aufstellung der Infrastruktur. Parallelen erkennen wir auch in Gorleben.

Wenn also öffentliche Initiativen wie die „IL“ meinen, die Ausgrenzung militanter Positionen und Praxen organisieren und ihrer Öffentlichkeitsarbeit zugrunde legen zu müssen, dann muss die militante Bewegung diskutieren, wie sie selber öffentliche Initiativen aufbaut, und nicht immer und immer wieder unbequeme öffentliche Arbeit delegieren an Linke, die nicht nur aus taktischen oder strategischen Gründen auf andere Mittel setzen, sondern bei genauerem Hinsehen zumindest in Teilen auch andere Ziele verfolgen. Militante Personen, denen aus welchen Gründen (Alter, Repression, Krankheit, Verantwortung für andere z.B. Kinder etc.) auch immer, die Hände gebunden sind, könnten sich organisieren und offensive Öffentlichkeitsarbeit zu ihrem Steckenpferd machen. Oder aber die Diskussion mit den solidarischen Teilen der „IL“ schärfer führen, so dass öffentliche Strukturen sich wieder als Teil einer militanten Praxis und Perspektive begreifen. Das hieße wiederum als radikale Kräfte in Bündnisse gehen und Diskussionen einfordern und gegebenenfalls andere Vorschläge einbringen. Das hieße aber auch, sich selber so zu organisieren, dass es eine wahrnehmbare, öffentliche Gruppe oder Gruppen gibt, die diese Funktion übernehmen können, kontinuierlich und strukturiert. Und die tatsächlich ansprechbar und sichtbar sind.

Dass die Akteure der Nacht nicht die Selben sein sollten und können wie die AktivistInnen der öffentlichen oder halböffentlichen Strukturen, setzen wir voraus und halten dies für erwähnenswert, denn aus dieser Trennung ergeben sich neue Schwierigkeiten. Erstens: Wie bleiben die Sprecher_innen einer militanten Bewegung und die militante Bewegung auf Augenhöhe? Und zweitens: Schon in den 1980ern konstruierten die Ermittler sogenannte „anschlagsrelevante Themen“ und fahndeten nach Überschneidungen zwischen öffentlich vertretenen Positionen z.B. im Bereich der Flüchtlingsarbeit oder in der Kritik der Gen- und Reprotechnologie und militanten Kampagnen der RZ/Rote Zora. Daraus zogen sie ihre Ermittlungsansätze und kriminalisierten oft genug öffentliche Strukturen, ohne dass es je zu Verfahren oder gar Verurteilungen kam. Viele Fragen werden an solche „öffentlichen Militanten“ gerichtet werden, die grundsätzlich andere Vorstellungen von Gesellschaft haben und diese unversöhnlich mit dem Bestehenden vertreten (allenfalls sich auf die „Transformationsfrage“ einlassend). Unabhängig davon, ob diese Fragen sich an militante oder pazifistische, öffentliche, strassenmilitante oder klandestine Praxen richten, auch ob sie an Teile der „IL“, die Fraktion für einen kommenden Aufstand, an Okomilitante usw. gehen. An der militanten Notwendigkeit von Sichtbarkeit können sich neue Diskussionen entwickeln und übergreifender miteinander ins Gespräch kommen: Das Diskussionsforum „Militanz, Hoffnung, Perspektive“ kann Ort vorsichtiger Verständigungen werden.

Vielleicht steht für eine militante, libertäre Szene neben oben gesagtem erst einmal eine neue Selbstverortung in der jetzigen Epoche an, in der das Modell der autonomen Gruppen möglicherweise zu überdenken ist, um nicht ein Konzept aus den 1980ern unreflektiert fortzuführen, das möglicherweise nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Denn die soziale Zusammensetzung der Gesellschaft, die gesellschaftlichen Zwänge, die zu ausgeprägter Vereinzelung führen, der höhere Existenzdruck, der auf vielen lastet, natürlich auch innerhalb autonomer Strukturen, und ein verändertes System der herrschenden Wertmaßstäbe gegenüber den 1980ern – am Besten vielleicht schlagwortartig zu beschreiben mit der „neoliberalen Durchdringung aller Lebensformen und Handlungsweisen“ – macht diese Frage notwendig. Bräuchte es beispielsweise eine militante(!) Strategie zum Aufbau neuer sozialer Strukturen? Denn die Angst vor sozialer Stigmatisierung durch einen sozialen Abstieg, die durch keinen Zusammenhang sozial aufgefangen und offensiv gewendet werden kann, prägt das Leben vor allem junger Genoss_Innen. (Siehe Fußnote 6) Die Leistungskontrollgesellschaft macht etwas anderes kaum noch denkbar, als individuell oder im Pärchen an einer materiellen Lösung zu basteln und diese durchzuboxen. Bis zur Entwürdigung und Aufgabe gesellschaftlich anderer Visionen – alle gegen alle. Wie soll jemand noch an den Erfolg einer Utopie und militanten Perspektive glauben, wenn die eigenen sozialen Ängste und Probleme nicht solidarisch und gemeinsam angegangen werden? Die Frage des Sozialen eines widerständischen

Zusammenhanges gehört auf die Agenda militanter Perspektivdiskussionen. Sie ist kein Nebenwiderspruch.

Warum gibt es keine militante Debatte?

Das Potential zu einer punktuell gebündelten militanten Kraft im öffentlichen wie nicht öffentlichen Raum ist unserer Ansicht nach vorhanden, vergegenwärtigen wir uns Niveau, Menge und Streuung der militanten Aktionen einer Broschüre mit dem Namen „Bauwas“. Doch die aktuellen Diskussionen über militante Perspektiven – so es denn welche wahrnehmbar gibt – klaffen für uns weit auseinander und haben bisweilen auch einen politisch ungenauen Charakter. Vielleicht wird (in den Erklärungen und aber auch in separaten Papieren) nicht diskutiert, weil die Sorge vor Infiltration, Sprachanalysen und mögliche Einkreisung groß ist. Oder ist das nur vorgeschoben? Gemeinsam haben viele Beiträge, dass sie für sich stehen, ihr Kontext ist zwar grob an einem Problem umrissen und eventuell bezieht sich auch wer darauf, doch die Debatten stehen nicht in einem großen Kontext, wo man insgesamt hin möchte und warum an diesem kleinen Punkt jetzt ein Beitrag erscheint.

Eine andere Erklärung, warum so wenig diskutiert wird: Die militante Szene ist noch von der aggressiven und dominanten Weise der „mg“ und neuerdings vom reformierten Projekt „radikal“ angewidert und verbindet wenig Positives mit einem weiteren Versuch einer militanten Debatte. Ein Grund mehr eine anarcho-libertäre militante Debatte ins Leben zu rufen. Vielleicht behindert der Aktionismus – neben dem Subjektivismus und der Geschichtslosigkeit eine der Urkrankheiten auch der autonomen Bewegung – eine militante Analyse. Vielleicht gibt es ein Ressentiment unter Militanten gegen Theorie, weil diese sich oft über die Praxis erheben will ohne ihre Überlegungen praktisch zu erproben und sich auf ein Theorie-Praxis-Wechselspiel einzulassen. Aber Diskussionen von Aktionen fallen auch deshalb aus, um den Eindruck einstudierter, erfahrener, und – widersinnigerweise auch – etablierter militanter Praxis zu vermeiden. Vielleicht verselbstständigt sich aber auch, so befürchten wir, eine gewisse Faulheit und Trägheit, sich die Mühe zu machen nachzudenken und zu diskutieren, ob und wie Militanz auch noch mehr sein kann und soll als nur eine subjektive Willensbekundung, ein Akt der Sabotage, der als Sandkorn im Getriebe wirkt und wenn-nicht-mehr-dann-auch-gut.

Aber a) denken wir, dass wir eine politische, strategische Diskussion nicht irgendwelchen marginalen Sekten überlassen sollten und uns dadurch selbst die Chance nehmen, die überfällige Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu führen, innerhalb derer militante Theorien, Organisationen und Praxen gesellschaftliche Relevanz erhalten können. Und weil es so schön ist gleich noch mal unsere Lieblingsleitfrage: Zu welchem Ziel, mit welcher Utopie und Vorstellung von einer oder mehreren anderen Gesellschaftsformen treten wir aktuell an?

Und b) haben wir ein Problem mit Positionen, die die oben gestellten Fragen nicht wenigstens versuchen zu beantworten. Im militanten Trott handelnd, eingerichtet bzw. den reformistischen Effekt allen Aufbäumens erdulden werden wir zu strukturell und systemkonform eingebundenen Metropolenmilitanten.

Die internationalistische Bestimmung einer militanten Perspektive (auch wenn sie regional unterschiedliche Bezugspunkte hat) steht in Bezug zu Klimakatastrophen, Hunger, Seuchen, Krieg in all seinen Erscheinungsweisen und zur Vernichtung von Lebensgrundlagen durch einen technologischen „Fortschritt“, der nur eine totalitäre Ausweitung der Beherrschung allen Lebens kennt und nichts will als dessen Vernichtung. Das alles ist nicht Exzess, sondern prägt die Epoche, in der wir leben, als Normalität. Die Normalität ist ein einziger Exzess. Natürlich können wir in Ratlosigkeit und Resignation über die monströsen Verhältnisse und Perversionen verfallen. Niemand kann uns dafür verurteilen. Wer ist nicht ständig überfordert von den Nachrichten, die ein Leben im globalen Ausnahmezustand als Normalität abbilden? Natürlich stumpfen wir ab, schirmen wir uns ab, agieren in für uns überschaubaren

Problemfeldern. Wir können uns subversiv einrichten in Deutschland und der Sabotage als Mittel im Kampf um minimale Veränderungen bedienen. Unsere Interventionen können wir auch dann noch als Sand im Getriebe deklarieren. Aber streuen wir nicht Sand in ein Getriebe, um die Maschine anzuhalten und nicht um den Schmiermitteleinsatz zu optimieren oder die Reinigungszyklen zu verkürzen? Und wenn die Maschine dann wirklich mal anhält, wenn der Zug zum Stehen kommt? Überlassen wir dann das Feld wieder den Parteien – wie in Gorleben, wenn im Tränengasnebel schon der nächste Regierungswechsel vorbereitet wird? Schottern für rot-grün-rot? Spätestens dann kommen uns selbst hinter den dichtesten Masken die Tränen.

Wir wollen es nicht und doch bewegen wir uns in dem Widerspruch, dass die Proteste von Stuttgart 21 (Fussnote: 8) und Gorleben als Türöffner für einen Machtwechsel innerhalb der pervertierten Normalität dienen, um genau das fortzuführen und immer wieder auszubessern, wogegen wir Sand ins Getriebe zu streuen versuchen. Wollen wir das Feld einem Polizeiheer und dem Militär überlassen, wenn die Maschine knirschend zum stehen kommt? Wie lassen sich gleichzeitig das Atomkarussell sabotieren und die Instrumentalisierung des Zivilen Ungehorsams unterbrechen gegen jene Kräfte, die sich mit der „weniger schlechten“ Variante der „besseren Regierung“ angefreundet haben und mit diesem Projekt jetzt an die Tröge wollen? Eine sich aufdrängende Fragestellung für die militanten Gruppen, nicht nur im Wendland.

Wollen wir uns selber ernst nehmen, dann kommen wir nicht an einer politischen Neubestimmung militanten Widerstands vorbei. Dies ist eben keine Frage der Militarisierung von militanter Praxis, in die uns die politischen Gegner gerne drängen würden, wenn sie uns nicht anders klein kriegen. Wollen wir uns ernst nehmen, dann brauchen wir eine gesellschaftliche Analyse hinsichtlich globaler und lokaler sozialer Kämpfe, der eigenen Utopie, und den daraus resultierenden eigenen Organisationsformen und der Angriffspunkte für militante Kerne. Einzelne Gruppen können zwar Akzente setzen, eine solche Diskussion hat nur in breiterer Form einen Sinn. Beispielsweise: Der nächste Castor darf nicht durchkommen! Nicht weil er in Gorleben endgelagert werden soll, sondern weil wir für eine anarcho-libertäre Perspektive eintreten, in der ein Castor nach Gorleben, Russland oder sonst wo hin genauso wenig Zukunft hat wie der Bullenstaat, der diese Transporte durchprügelt. Weil es keine friedliche Nutzung der Atomenergie gibt, weil „nationale“ Energiepolitik auch ohne GAU schon mörderisch genug ist, weil wir keiner Regierung das Recht zubilligen uns zu regieren.



Mit wem diskutieren?

Wir wollen das Feld öffnen für Diskussionen über einen Widerstand, ob öffentlich oder militant, und eine militante Organisation an allen gesellschaftlich relevanten Fragen, die im Ergebnis keine Herrschaftsformen mehr reformieren und neu etablieren will.

Wir wollen das militante Diskussionsforum öffnen für Gruppen, die nicht als militante Kerne alleine unterwegs sind, sondern die für Konzepte der Straßenmilitanz eintreten, die massenmilitante Konzepte verfolgen, die Blockaden ins Leben rufen, die sich im Rahmen von zivilem Ungehorsam organisieren oder Reproduktionsorte für die Bewegung stellen und sich „trotzdem“ als Teil einer militanten, autonomen, egalitären, anarchistischen oder auch libertären Perspektive verstehen oder verstehen möchten.

Ob sie in einer sogenannten „Vokü“ kochen, nachts die richtigen Fahrzeuge anzünden, die Interim herausgeben, Flugblätter auf der Straße verteilen oder Geld für untergetauchte Flüchtlinge, Deserteure oder Militante sammeln.

Auch hier wiederholen wir: Uns geht es um die Verknüpfung von Unterschiedlichkeiten, um zu einer befreiten Gesellschaft zu kommen. Das ganze nicht zum Selbstzweck, sondern weil wir die Abwicklung von Machtverhältnissen und -institutionen für notwendig erachten, damit der Schutz und der Aufbau solidarischer Lebensweisen, global und in Respekt mit allem Leben auf der Erde stattfinden kann.

Wir wollen Radikale und Militante verschiedener Strömungen, weit über den LeserInnenkreis dieser Zeitung hinaus, ausdrücklich zur Debatte einladen. Wenn ein bewusstes Wechselspiel der öffentlichen, legalen, halblegalen, militanten Aktionen und Kampagnen gewollt wird, dann muss ein politisches Diskussionsforum geschaffen werden - ohne Aktionen und Herangehensweisen im Konkreten offen zu legen. Das gilt für die Akteure sowieso.

Der Vorschlag konkret

Wir wollen kein⁷ völlig beliebiges Diskussionsforum. Darum konkretisieren wir den Vorschlag hinsichtlich der Form und der Rahmenbedingungen und einer eingegrenzten Zielbestimmung. Reflektionen über vergangene Auseinandersetzungen können einen Einstieg in die Diskussion erleichtern.

Zum Beispiel entlang von Fragen wie:

- Kann eine militante Perspektive Erfolg haben ohne öffentliche Verankerung? Z.B. am Beispiel der DHL-Kampagne: Wie wird bewertet, dass sich wenig linke Strukturen dazu öffentlich verhalten, obwohl die Kampagne praktisch breit aufgenommen wurde? War sie als rein militante Kampagne konzipiert?

Oder:

- Wie werden die vielen Angriffe im letzten Jahr auf die Bullenwachen bewertet? Schafft man selber eine Eskalation, die den militanten Kernen das Handeln erschwert? Geht es wirklich gegen die Bullen oder gegen das, was sie mit Gewalt und Repression schützen und aufrechterhalten? Und: Produziert ein Machtkampf „wir-gegen-die-Schweine“ nicht zu viele ZuschauerInnen? Oder umgekehrt gefragt: Machen solche Angriffe anderen Menschen Hoffnung? Wenn ja: Worauf? Wie damit umgehen, dass verhältnismäßig durchdachte Aktionen gegen Bullen, bei denen eben keine Tötungsabsicht bestand, plötzlich mit einem Mordvorwurf konfrontiert werden (Siehe Fußnote: 7)? Und was ist damit beabsichtigt?

Oder dass bei einem illegalen Böller gegen Bullen plötzlich mit „Splitterbombe“ getitelt werden kann (Berlin, Krisendemo, Frühjahr 2010) und dies nur kleingedruckt zurückgenommen wird:

- Müssen wir aufpassen, bestimmte Bilder nicht zu bedienen, damit es der Repressionsapparat nicht zu leicht hat, Kriminalisierungswellen loszutreten, die auf Einschüchterung und Entsolidarisierung zielen? Müssen die Aktionen anders justiert werden oder muss den Folgen (Pressehetze, Kriminalisierung etc.) anders begegnet werden - damit eine Aktion nicht in Verunsicherungen, Lähmungen und Desorientierung resultiert?

Oder:

- Wie beurteilen wir den Erfolg von Blockaden in Heiligendamm, Gorleben oder Dresden, wenn mit dem Ziel der gesellschaftlichen Verbreiterung u.a. die Einbeziehung von Parteien betrieben wird, die – speziell in ihrer deutschen Ausformung – jede Bewegung wieder an Parlamentarismus und Staat binden wollen? Beziehen nicht gerade die „linken“ Parteien Macht und Legitimität gerade daher, wenn es ihnen gelingt soziale, außerparlamentarische Bewegungen einzubinden, zu vereinnahmen, aufzusaugen und ihnen die (wenn auch nur potentiell) systemsprengende Kraft zu nehmen? Ist letzteres nicht genau ihre Funktion in der parlamentarischen Demokratie, sind sie

deshalb „erlaubt“? Wie kommt es, dass wir die Zusammenarbeit mit Parteien überhaupt zulassen?

Wie kann das Zusammenspiel zwischen öffentlich angekündigten Blockaden, Massenmilitanz und Kleingruppenaktionen (Beispiel Dresden) aussehen, wenn die Nazis nach ihrem Scheitern letztes Jahr auf gewalttätige Konfrontationen setzen und wir uns nicht alleine auf die Unterstützung bürgerlicher Politiker und Politikerinnen und schon gar nicht auf die „Hilfe“ der Polizei verlassen wollen? Wie ein militantes Verhältnis aufbauen in der Bündnisarbeit mit Vertretern von Organisationen, die übers Jahr kein Problem damit haben, die Arbeit linksradikaler Initiativen gleichzusetzen mit braunen Straßenterror und menschenverachtenden Nazi-Praxis?

Steht für Gorleben nicht eine Neubestimmung der militanten Interventionsmöglichkeiten an, wenn sowohl die BlockiererInnen als auch die Polizei mit dem Verlauf der Ereignisse zufrieden sind und man sich – sprecherInnenseits – gut versteht (die-arme-überforderte-Polizei / das-berechtigte-Anliegen-der-Atomgegner-friedlich-zu-blockieren) während im Wald über 2000 Kartuschen Pfeffer versprüht werden und ein Toter liegen bleibt (Auch wenn die Zusammenhänge in diesem jüngsten Fall noch unklar sind: Pfefferspray hat erwiesenermaßen schon öfters zu Todesfällen geführt). Oder ist der Erfolg darin zu suchen, dass sich ein Teilbereichskampf gesellschaftlich so ausgeweitet hat, dass er zu einem regionalen Faktor mit bundesweiter Relevanz geworden ist? Umgekehrt die Frage, welchen Wert hat eine derartige gesellschaftliche Breite, wenn das damit verbundene Widerstandsprojekt so „deutsch“ bleibt, keine Bedeutung hat z.B. für die Flüchtlinge und Migranten, die auf dem Weg nach Europa krepieren oder an Frontex scheitern?

Und:

- Wie ordnen wir eine zweite sich entwickelnde Bewegung ein, die in Baden-Württemberg – der Hochburg bürgerlicher Anständigkeit und Satttheit – nach zehnjähriger Beharrlichkeit der kritischen Initiativen vor Ort in atemberaubender Geschwindigkeit zu einer gesellschaftlich breiten und politisierten Bewegung werden konnte, die sich insofern politisch radikalisiert hat, dass sie Befriedungsversuchen lange zu widerstehen wusste. Können ausgehend von solchen Ereignissen auch andere gesellschaftliche Fragen und Zusammenhänge für die betreffenden Menschen ähnlich wie an der Start-Bahn 18 West oder in Wackersdorf relevant werden? Müssen wir nicht als militante Kraft sichtbar in solche Konflikte mit einsteigen, präsent werden ohne zu bevormunden und ohne uns Illusionen über den widersprüchlichen Charakter breiter Proteste wie gegen Stuttgart 21 zu machen?



Die Hunde bellen...

Der folgende Abschnitt mag ermüdend sein für die einen, befremdlich oder unverständlich für Menschen, die die Interim nicht kennen oder die Diskussionen um die „mg“ im Besonderen. Er ist also nur für einen Teil derjenigen, an die wir uns mit diesem Papier wenden, gedacht. Dennoch halten wir diese Positionierung in ihrer Binnenwirkung für notwendig, um einiges noch einmal klar zu stellen: Mit den „mg“/„RL“ gibt es keine Perspektive und auch nicht mit Leuten, die so drauf sind.

Die „mg“ und ihre transformierten Strukturen mit der gekaperten „Radikal“ als neuem Parteiblatt der „Revolutionären Linken“ sind hervorragend geeignet, noch einmal aufzuzeigen, worum es in einer politischen Bestimmung einer militanten Diskussionsstruktur *nicht* geht. Sollte der Begriff der „Revolution“ noch eine Rolle spielen - aus politischen Gründen, die zu diskutieren wären -, dann gilt es zu bestimmen, welche „Revolution“ gemeint sein soll, d.h. was revolutionärer, libertärer, anarchistischer, ökorevolutionärer, feministischer oder sozialrevolutionärer etc. Widerstand heute sein kann. Den Wunsch nach einem Aufstand der Köpfe und Herzen gegen all die verschiedenen Unterdrückungsformen, die wir und andere wahrnehmen, in ein ideologisches Korsett zu packen, entspringt purer Desorientierung und wirkt bestenfalls manipulativ. Der Kommunismus leninistischer, bolschewistischer und maoistischer Prägung bringt gerade nicht das Absterben des Staates sondern vielmehr jedes Befreiungsversuchs, der sich in eine solche Richtung verirrt. Der Begriff der „Revolution“ scheint uns vor allem durch derartige Kommunismen so nachhaltig diskreditiert worden, dass ohne eine Neudefinition und Neubestimmung keine Anknüpfung möglich ist (das gilt übrigens fast in gleichem Maße für den Begriff des Kommunismus selbst). Die RL-MG hingegen setzen den Begriff in alter Manier. Daher müssen wir davon ausgehen: Sie streben nicht das gleiche Projekt an. Befreiung ist nicht gleich Befreiung, so wie Radikal nicht gleich Radikal ist.

Die „RL“ lehnt sich revolutionär-konzeptionell mit dem neuen Parteiblatt „Radikal“ u.a. an Lenin an. Langweilig, von vorgestern, historisch überholt, toter Hund. Und „konterrevolutionär“, wenn wir eben die harte Sprache der 1970er und 1980er zur Charakterisierung bemühen und damit spaßeshalber im Duktus der „RL“ selbst antworten. Da ändert es auch nichts, einen feministischen Artikel von Frauen zum Thema Militarismus zu klauen und aus taktischen Gründen in die Parteizeitung zu setzen. So wird kaschiert, dass weder Feminismus noch Antimilitarismus Steckenpferde der Parteifreunde darstellen. Offensichtlich sollen die zukünftigen RevolutionärInnen zunächst mal dort abgeholt werden wo sie stehen. Daher gilt es zu kaschieren, dass man eigentlich auf Militarismus abfährt. Aber revolutionär soll er sein. Autonomen Zusammenhängen fehlt es oft an historischem Gedächtnis, das eine Basis bieten kann und/oder der nötigen Lust zur Begriffshuberei, um Gruppen wie „mg“ oder „RL“ auch ideologisch gegenüber zu treten und sie an ihren Phrasen zu entlarven. Da ist es tatsächlich einfacher, sich an der fehlenden Postadresse der neuen Parteizeitung aufzuhängen, als einen inhaltlichen Graben auszuheben und den leninistischen Wiedergänger darin zu versenken.

Wer die spanische Revolution studiert, kann herausfinden, wie die soziale Revolution anarchistischer Prägung durch die faschistische und stalinistische Konterrevolution zerschlagen wurde. Weder Stalin noch Hitler hatten ein Interesse an einem Erfolg der spanischen Revolution. Stalin und seine Säuberungen des eigenen Parteiapparates fielen nicht vom Himmel - sie bildeten das Ergebnis der gescheiterten russischen Revolution. Spätestens drei Jahre nach Beendigung der zaristischen Herrschaft wütete die Konterrevolution in den eigenen Reihen. Die Bolschewisten ergriffen die Macht und begannen andere revolutionäre Positionen zu liquidieren, einschließlich der revolutionären AktivistInnen innerhalb der eigenen Reihen. Die Militarisierung der Revolution war die konterrevolutionären Zerstörung der sozialen Revolution. Wegbereiter des Stalinismus war Lenin mit seiner Zentralisierung des Parteiapparates, der Zerschlagung der Sowjets, der Eliminierung anarchistischer sozialrevolutionärer Zusammenhänge, der Überleitung des zaristischen Geheimdienstes in einen bolschewistischen. Trozki, der noch im Exil dem stalinistischen Eispickel zum Opfer fiel, ist ein weiteres Ergebnis der Konterrevolution, für die er selber stand. Zuvor war er die

treibende Kraft bei der Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes (Fußnote 9). Der Aufstand der Kronstädter Soldatenräte bildete den letzten größeren Versuch, die Errungenschaften der sozialen Revolution gegen die bolschewistische Machtergreifung zu verteidigen. Wer heute Lenin zum politischen Bezugspunkt seiner Praxis macht, ist entweder verwirrt, will verwirren oder tritt bewusst als politischer Gegner einer auf Emanzipation und Befreiung gerichteten Linken an, bzw. wird als solcher durch Geheimdienste in Stellung gebracht.

Wenn Linke heute von Revolution reden, muss geklärt werden, was sie meinen, denn es gibt da keinen begrifflichen Konsens, schon gar nicht im Hinblick auf eine nach libertären Prinzipien betriebene Befreiungsbewegung.

Wir halten es da mit Dora Kaplan, die als Sozialrevolutionärin und Putzfrau 1918 in Moskau ein Attentat auf Lenin unternahm. Die Attentäterin, im Zarenreich bereits wegen revolutionärer Tätigkeiten verfolgt, war zwar durch die Revolution aus dem Knast befreit worden, doch sah sie in der Ermordung Lenins eine notwendige Bedingung für die Rettung vor der Konterrevolution. Wie wir wissen, verletzte sie ihn nur und wurde dafür hingerichtet.

Wir lehnen eine politische Nähe zu Neo-Leninisten, -Maoisten, -Stalinisten etc. ab und warnen außerdem vor einer strukturellen Nähe zur „mg“ und ihrem transformierten Umfeld. Neben den politischen Bedenken haben wir auch sicherheitstechnische: Wir halten es für unverantwortlich, bei Acor eine Seite für das neue Parteiblatt einzurichten oder zu besuchen, wo alle Verbindungsdaten, die IP-Adresse, Tages- und Uhrzeiten gespeichert und für die Bullen und den Verfassungsschutz über die Provider-Pflicht-Schnittstelle direkt zugänglich sind. Wir misstrauen einer Netzveröffentlichung dieser „radikal“ auf Servern, deren Zugriffsprotokolle für die Bullen direkt zugänglich sind und die auf uns wie eine Falle für unbedarfte linke Surfer wirken. Wer auf ein derartiges Internetangebot verweist und dazu nicht einen Ton sagt, betätigt sich – wissentlich oder unwissentlich – als Bullenlockvogel. Wir warnen hiermit davor, dieses Internetangebot ohne verschlüsselten Netzzugang (Tor, Vidalia) zu nutzen.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch die bislang nicht erfolgte politische Auswertung und/oder Veröffentlichung der Akten aus dem mg-Verfahren als unverantwortlich. Wer sich gleich weiter transformiert und – als ob nichts gewesen ist – mit einer gekaperten „radikal“ taktische und unsolidarische Abgrenzungen zu anderen Genossen raushaut, anstatt sich zuerst einmal in Bescheidenheit zu üben, wo die Bullen einem gerade den Zusammenhang zerschlagen haben, tickt nicht ganz richtig.

...die Karawane zieht weiter: Einige weitere Vorschläge...

Wir schlagen die militante Debatte vor als einen Ort des Austausches, der sich selbst moderiert. Eine Selbstbeschränkung/Erweiterung der Diskussion ist für alle öffentlich verhandelbar. Also auch eine Ausweitung auf strategische und perspektivische Projekte für die Zukunft bzw. Einschränkungen dessen, was nicht zur öffentlichen Aussprache gebracht werden soll.

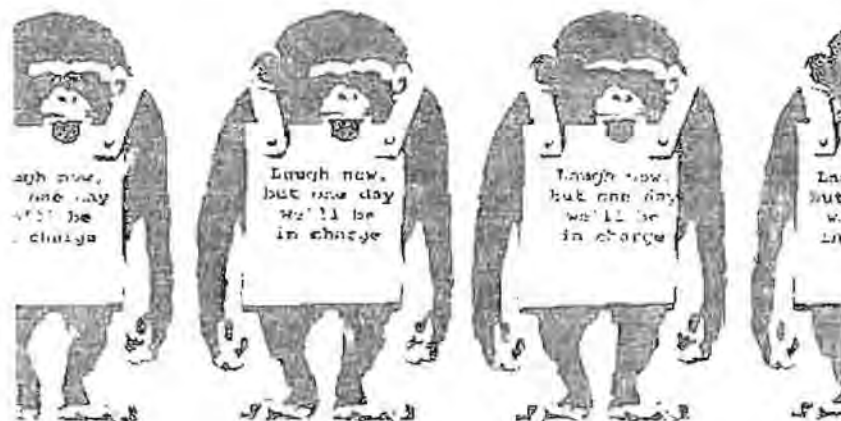
Weiterhin schlagen wir vor, nicht als Gruppe xy in Erscheinung zu treten, sondern sich unter ein gemeinsames Label zu begeben: „Hoffnung, Militanz & Perspektive!“ Dadurch machen wir deutlich, dass wir uns diskursiv aufeinander beziehen und unsere Beiträge in einen gemeinsamen Rahmen stellen. Die Exklusivität des Namens verschwindet, also auch unser Name, in einer größer angelegten Diskussion. Doch es steht jeder Gruppe frei, mit einem eigenen Namen eine Gruppenzugehörigkeit, eine Kontinuität, einen inhaltlichen Vorschlag zu unterbreiten, weil so ihre Äußerungen vielleicht besser einzuordnen oder zu diskutieren sind oder ein anderes Gewicht erhalten sollen etc..

Doch jede Gruppe, die nur unter dem gemeinsamen Label veröffentlicht, verschwindet

auch als Gruppe unter mehreren, erschwert dem Repressionsapparat die Einschätzungen, wie viele Gruppen und Einzelpersonen an der Diskussion beteiligt sind und wer wofür steht. So wird ein gewisses Maß an Verdecktheit hergestellt und unnötige Transparenz vermieden – wenn auch nicht ausgeschlossen. Ein Label für alle macht unsichtbarer, behindert aber inhaltliche Diskussion nicht – auf die es uns ja ankommt. (Siehe Fußnote 10)

Wird eine Gruppe zerschlagen oder ist sie gerade handlungsunfähig oder pausiert etc., werden ihre Beiträge durch das Ausbleiben weiterer Beiträge nicht zuordnenbar. Vielmehr fangen andere Gruppen das auf, übernehmen die Diskussion und der Diskussionsfluss läuft weiter, sobald sich eben mehrere Gruppen diesem Vorschlag anschließen. Gruppen, die etwas inhaltlich angestoßen haben, aber anderweitig gebunden sind, können sich so auch aus der Verantwortung für die Weiterführung der Diskussion herausnehmen. Das gemeinsame Label erschwert auch ein „Ranking“, und vermindert den Konkurrenzdruck gegenüber anderen Gruppen, weil wir uns als Teil einer gemeinsamen Auseinandersetzung und auch Kontroverse betrachten.

Diese Form der öffentlichen transparenten Diskussion erleichtert es dann hoffentlich vielen auch neuen Strukturen, sich zu orientieren und selber Zusammenhänge/Banden/militante Kerne aufzubauen bzw. Positionen einzubringen und abzugleichen. Außerdem zielt unser Vorschlag auf eine Diskussionsbeteiligung von militanten Kernen einerseits und öffentlich agierender Gruppen andererseits. Auch letztere sollten ihre öffentlichen Strukturen nicht identifizierbar machen, selbst wenn sie vollkommen legal arbeiten. Denn wir gehen davon aus, dass alle Beteiligten dieser Diskussion ihr militantes Interesse eint. Wir wüssten nicht, warum öffentliche Strukturen kein Tor zur Infiltration abgeben würden und warum sie sich nicht ebenso vor Repression abzusichern versuchen sollten – wenn auch dort das Repressionsrisiko derzeit vielleicht geringer ist als für klandestine militante Strukturen (aber auch das kann sich wieder ändern). Wir begreifen das militante Diskussionsforum als Ort für radikale Strömungen in ihrer breiten Palette der Aktions- und Organisationsformen. Die Zuordnung für die Repressions- und Spitzelapparate wird dadurch zusätzlich erschwert. Dass der Staatsschutz versuchen wird, auf die Diskussion Einfluss zu nehmen, ist nicht auszuschließen – das aber gilt in allen Bereichen und ist nichts neues. Ist die Diskussion aber transparent und kontrovers angelegt, entscheiden alle Beteiligten über den emanzipativen Charakter der Diskussionen.



Eine strengen Maßgabe setzen wollen wir allerdings unverhandelbar festsetzen: Unter dem Label dieses Diskussionsforums finden keine Aktionen statt – das Label ist reserviert für einen Organisationsprozess und für eine inhaltliche Perspektivendebatte und als solches getrennt von den verschiedenen Aktivitäten der Beteiligten.

Und: Keine Veröffentlichung unseren Beitrages im Internet – wir bestehen auf andere Verbreitungsformen.

INTERIM als militantes Medium

Wir schlagen die Interim als Ort dieser militanten Diskussion vor: Weil unregelmäßig regelmäßig, weil überregional. Und weil derzeit alternativlos.

Die Monatszeitung ak, das Flugschiff der „IL“, unterschlägt militante Positionen systematisch und knüpft damit an die Tradition des Kommunistischen Bundes an, dessen Mitglieder aus den 1970ern und 1980ern bekanntlich ihren Weg in den Parlamentarismus gefunden haben und heute grüne Politik machen. Das Projekt heute arbeitet an einer diffusen Hegemonieverschiebung nach links und orientiert sich dafür unseres Erachtens zu sehr an den als links geltenden Parteien, an Wahlen, an den Möglichkeiten, das jeweils geringere Übel herauszufinden und die gesellschaftliche Vernunft in diese Richtung zu lenken. Das schrammt uns zu oft und zu nahe am Bemühen ums Gemeinwohl vorbei und geht uns damit zu oft und zu weit – ob international oder nicht ist im Ergebnis das gleiche – in eine Richtung, die nicht die unsere ist: Richtung Machtbeteiligung oder zumindest Machtbeeinflussung. Radikale Positionen, fundamentale Ansätze, radikale Vorschläge zur Umwälzung der Gesellschaft haben in der IL-Zeitung kein Forum. Wir sehen dort keine Möglichkeit als Militante mit anderen perspektivisch, kontinuierlich und analytisch Diskussionen führen zu könnten.

Die „Prisma“ (eine vor allem technische Broschüre für die militanten Gruppen) hingegen hat sich augenscheinlich eher einmalig die Aufgabe vorgenommen, Organisation und Handhabung militanter Praxis an handwerklichen Fragen zu unterstützen. Gute Zeitung.

Andere Zeitungen mit überregionalen Charakter sehen wir derzeit nicht dafür geeignet.

Wir, die wir die Interim als Debattenmedium vorschlagen, glauben, dass dieser Vorschlag auch für die Interim gut ist und zur richtigen Zeit kommt. Die von uns angeregte Debatte „Hoffnung, Militanz & Perspektive“ sollte mehr als einen Ort der Diskussion haben, an dem sie veröffentlicht wird. Aber es braucht einen verbindlichen Ort, an dem alle Texte dazu gebündelt zu haben und nach dem sie zitierbar sind.

Wir denken, auch für die Interim steht ein Entwicklungssprung an, hat doch auch sie eine gewisse Durststrecke hinter sich gebracht. Die Zeitung als Flugblattsammlung im Zeitalter des Internets und der Stagnation militanter Gruppenarbeit, das Wegbrechen politischer Strukturen, die mit der Interim etwas anfangen konnten, die sogenannten „Antideutschen“ und die Textproducer der „mg“ etc. haben sicher einige Sinnkrisen hervorgerufen. Die Interim ist über das Stadium der letzten Jahre: Was man hat, soll man nicht aufgeben! hinaus. „Old-School“ wäre das Fortführen einer Flugblattsammlung. Doch wodurch legitimiert sich die Interim heute? Kann sie ihren LeserInnenkreis über ein autonomes und linksradikales Spektrum hinaus erweitern? Welchen Platz kann sie in zukünftigen Kämpfen einnehmen? Und wie sind die Durchsuchungen und Beschlagnahmungen der Zeitung einzuschätzen?

Das zweiwöchentliche Periodikum ist eines der wenigen Foren, die unkontrolliert funktionieren und nicht abschaltbar sind wie einfache Webseiten. Oder die wie Indymedia gewissen Denkverböten unterliegen - die berühmte Schere der Selbstzensur im Kopf. directaction.de (<https://directactionde.ucrony.net>) hat sich zu einem sehr nützlichen Verzeichnis direkter Aktionen gemauert – ist allerdings, was den Debatten-Teil angeht, noch sehr ausbaufähig. Viele nutzen es dennoch gerne – aber eben auch das sollte nur mit all dem Aufwand betrieben werden, den anonymisiertes Surfen mit sich bringt. Aber wir müssen von weiter steigender Überwachung und Einschränkung der Datenströme und Netzverbindungen für politische Kommunikation ausgehen. Auch die sichtbare Überwachung und Repression wird weiter um sich greifen und gleichzeitig immer tiefer nach subjekt-innen dringen. In kommenden großen gesellschaftlichen Umbrüchen werden auch die Angriffe auf fundamentale Opposition neu gestaltet werden: Was wagen wir in einer solchen Situation noch zu denken oder gar auszusprechen, niederzuschreiben? Da könnte das

radikal *gedruckte* Wort helfen, das Unerhörte nicht nur zu denken, sondern ihm auch Materialität zu verleihen. Und danach zu handeln. Es geht nicht nur darum, in den kommenden Umbrüchen nicht zu verzweifeln, wenn sich die nächste Generation dann ehemaliger GenossInnen den Schalthebeln der Macht zuwenden, um die grauenvolle Normalität – orientiert auf das vermeintlich geringere Übel – mitzuverwalten. Es geht auch darum, nicht die Orientierung zu verlieren, wenn emanzipative Ansätze immer weiter und weiter verdreht werden, um die Macht eines totgelaufenen Systems abzusichern und zu rekonstruieren und damit noch mehr Geld zu machen. Es geht darum, handlungsfähig zu werden in einer Weise, die den Verhältnissen angemessen ist. Ob wir marginal sind oder nicht. Es geht darum, Foren der Verständigung, der Analyse, der Selbstvergewisserung aufzubauen und zu erhalten, damit die unsichtbaren militanten Kerne in der Metropole praktische Orientierungspunkte und Perspektiven aufzeigen können – ohne sich in der Szene, in der Bewegung, in öffentlichen Strukturen bewegen zu müssen – die starker Überwachung unterliegen. Ohne isoliert und abgeschnitten zu sein und aus dieser Situation zu politischen Fehleinschätzungen bei Aktionen zu kommen, die zu vermeiden gewesen wären.

Es kann nicht Aufgabe der Interim-Redaktion sein, das Blatt zu bespaßen. Militante Gruppen müssen überlegen, wie sie bestimmte praktische oder analytische, perspektivische Fragen aus militanter Sicht zur Diskussion stellen ohne lokalisiert zu werden. Umgekehrt wird der Alltag zu wenig politisch begriffen, revolutioniert und zur militanten Diskussion gestellt. Bewegungen waren dann stark, wenn sie in erster Person kämpften und wussten, wofür sie einstehen. Viel zu viel orientiert sich heute in unseren Kämpfen an alten Mustern, die auf den Prüfstand gehören. Die Koordinaten stimmen nicht mehr, die Gesellschaft hat sich neu zusammengesetzt, die technologische Durchdringung hat die menschlichen Beziehungen neu strukturiert und beherrscht das Soziale. Auch einfache Fragen sind angesagt – denn die Interim darf kein Fachblatt für militante Kerne werden. Die einfachen Fragen sind oft die Besten. Die Interim muss eine inhaltliche Breite bekommen – bei Aufrechterhaltung einer militanten, libertären Perspektive – durch die Erörterung auch von Alltagsfragen: Wie wohnen wir, was konsumieren wir, welchen Widersprüchen erliegen wir durch Arbeit und Lebensbedingungen, welchen Platz haben Krankheit, Alter, Kinder, Jugend, Zukunftsängste etc.? Wie können Alltagskämpfe aussehen oder angeschoben werden? Und wo finden sie schon statt, ohne jedoch bereits in unser Bewusstsein gelangt zu sein?

Die seit einem Jahr regelmäßig stattfindenden repressiven Zugriffe auf die Interim machen mehrerlei deutlich. Nicht nur die Unabhängigkeit der Buchhändler_innen, auch die Zeitung selbst und die anderen inkriminierten Inhalte sind dem Repressionsapparat ein Dorn im Auge. Hat man die Zeitung staatlicherseits eine Weile vor sich hinwurschteln lassen, als auch die militante Praxis stagnierte, so wird sie mit dem Anstieg einer organisierten Militanz und nach dem Wegfall einer ernstzunehmenden, weil sozial breit aufgestellten „radikal“, relevanter und bedrohlicher. Sei sie noch so klein und auf den ersten Blick regional begrenzt, sie ist Informationsmedium und Organ zu einem Austausch militanter Praxis und Ideen weit über die große Stadt hinaus. Und ihr Erscheinen ist Ausdruck einer verdeckten Struktur. Das alleine reicht schon. Und sie hat darüber hinaus Potential, das wir mit dem obigen Vorschlag, sinnvoll ausnutzen wollen. Sie ist – wie gesagt – die anti-institutionelle Alternative zu den oben beschriebenen Publikationen, die staatlicherseits machen dürfen, weil sie irgendwie ins Integrationsprogramm politischer Herrschaft passen – einschließlich des Parteiblattes „radikal“.

Dass die Interim ein offensiven Schritt macht und kostenlos erscheint, ist sehr selbstbewusst und bringt die Chance mit sich, isolierte, exklusive Orte zu verlassen und größere Verbreitung zu finden. Dies und die wachsende Bereitschaft zur direkten Aktion in der Szene sind Faktoren, die die Repression nicht unbeantwortet lassen kann. Die Buchläden in Berlin, die heimgesucht werden im Auftrag der politisch motivierten Staatsanwaltschaft, zählen für diesen zu einem SympathisantInnenensumpf, der mittels der Bedrohung der Lebensgrundlage der BetreiberInnen der Buchläden trockengelegt werden soll. Dort einkaufen statt im Internet ist das mindeste. Der Szene in Berlin

legen wir dringlichst einen offensiven Umgang mit den Durchsuchungen nahe. Wollen die Repressionsorgane einen juristischen Präzedenzfall gegen offene Strukturen schaffen, wo Publikationen wie die Interim und anderes ausliegen können – dann muss die Interim in weit mehr Läden offensiv ausgelegt werden. Das bundesweite Poster „Unzensurierte Literatur – hier erhältlich“ ist ein schöner erster Schritt, jetzt sollte die Zeitschrift eben auch dazugelegt werden. Will die Repression das Presserecht zurechtstutzen und Buchhändler_innen zur Zensur verpflichten, dann müssen öffentliche Aktionen her, die genau diesen Angriff skandalisieren. Dann müssen wir alle Orte, an denen wir uns bewegen, zu Verteilstellen der Interim machen. Darüber hinaus muss die Diskussion erweitert werden: Wenn eine Gesellschaft nach außen wie nach innen immer kälter wird und jede widerständige Wärme aushungert oder erstickt, dann sind militante Aktionen und Debatten zu unterstützen und zu verteidigen. Nicht jede militante Aktion war gut oder richtig – aber es braucht ein Forum, dies überhaupt solidarisch diskutieren zu können. Denn ungenaue Aktionen fallen schließlich auch auf die gesamte Bewegung zurück. Nicht „blöde“ Aktionen sind das Problem (das natürlich auch!), sondern dass die Fehler undiskutiert bleiben! Das heißt, die Existenz der Interim und deren Bedrohung, die finanzielle Bedrohung der Läden, trifft eine Linke insgesamt und ist kein exklusives Problem einer kleinen oder großen militanten Szene.

Mit unseren Fragestellungen gilt es, breitere gesellschaftliche Zusammenhänge zu belasten und so den Repressionsversuch in eine Politisierung zu wenden: Welche Zeitungen braucht es gegen dieses Land, das sich im Krieg nach außen und innen befindet? Ein Abtauchen und Wegzensierenlassen der Interim geht in die falsche Richtung. Warum übernimmt die Szene so wenig Werbung für das Projekt? Warum wird das Projekt nicht mit vielfältigen kleinen Beiträgen, inhaltlicher wie praktischer Natur, unterstützt? Auch über Inhalte ist Solidarität mit der Interim als Projekt möglich: Wenn inhaltlich solide, redaktionelle Beiträge vermehrt von außen kommen und sich vielleicht auch von innen jenseits der Einleitungsworte was tut, dann stärkt das das Projekt schon vom Inhalt her. Schreibt niveauvolle Exklusiv-Beiträge für die Zeitung, sammelt Schotter, verbreitet das Blatt, kopiert es nach, wenn es beschlagnahmt wurde, macht Veranstaltungen, Aktionen und Beiträge auf allen Demos zu dem Thema...



Das war unser Vorschlag. Die Diskussion beginnt jetzt.

Verbreitet ihn auch in Kreisen, die solch einen Text in der Regel nicht erhalten.

Wir wissen: alle Diskussionen brauchen Zeit.

Im Frühling wissen wir alle mehr.

**Für eine Neubestimmung militanter und revolutionärer Perspektiven
jenseits militaristischer Organisationsmodelle!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste und Zwangsanstalten!**

Vergesst unsere Gefangenen nicht!

Subversion als Lebenshaltung

Unterstützt die bundesweite Verbreitung der Interim.

**Sichert die Interim als Forum unkontrollierter militanter Debatten
vielfältig und sorgfältig ab.**

Schafft zwei, drei, viele militante Kerne!

freiheit und liebe!

Dezember 2010

freie radikale / Dora Kaplan

militantes Diskussionsforum : Militanz, Hoffnung & Perspektive

Fußnote 1: „This is a love song“ Teil 1/2/3 in Interim Nr.: 654/657/661

Fußnote 2: Interim 662: Elnige Gedanken zur militanten Kampagne; Interim 666: AK Vermittlung / Autonome Gruppen im Juni 07 / eine Autonome Zelle. Uns fehlt eine komplette Übersicht. Wer über ein Archiv verfügt: alle Nummern und Namen der Beiträge nachliefern,

Fußnote 3: Wir fragen die alte/n Redaktion/en;

1) Hat die leninistisch/maoistische Zeitung Eure Zustimmung?

2) Was ist mit etwaigen Spendengeldern und Adressen der Radikal passiert, die ihr verwaltet habt?

3) Gibt es noch eine Radikal ?

4) Warum schweigt ihr?

Fußnote 4: In der Berliner Zeitung vom 2.11.10 distanziert sich Christoph Kleine „Was bitte hat die Berliner S-Bahn mit dem Castor zu tun?“ anlässlich eines Anschlages militanter AKW-GegnerInnen, welche sich mit einem Bekenner schreiben in selbiger Zeitung erklärten. Im Übrigen spreche schon der Anschlagsort gegen die Täterschaft einer Anti-Atom-Gruppe. Dass die Berliner Szene sich von derart dummen Distanzierungen distanziert und solchen selbsternannten Sprechern Hausverbote in linken Strukturen erteilt, sollte sich diese Presseäußerungen bewahren, wäre zu erwägen.

Fußnote 5: In der jungen Welt vom 3.11.10 wünscht sich der Journalist Rainer Balcerowiak, dass der Anschlag vom BKA käme. Er scheint nicht ganz von dieser Welt, denn er fordert: „Wer den öffentlichen Personenverkehr sabotiert, gehört hinter Schloss und Riegel – egal ob er für das BKA arbeitet oder „linke“ Allmachtsfantasien ausleben will.“ Da wünschen wir uns Journalisten wie in Frankreich, die an solchen Tagen gar nicht mehr auf der Lohnarbeit anzutreffen sind, weil sie besseres zu tun haben, z.B. enttäuschte Nahverkehrskunden auf der Straße zu agitieren...

Fußnote 6: Die Älteren treibt im Gegenzug um, wie sie sich absichern können fürs alt werden, für das die Szene und Ihre Jugend- und Leistungsimperativ keinen Raum stellt. Wer Kinder hat, fällt ebenfalls schnell in bürgerliche Muster zurück, weil militante Strukturen diese Realität nicht zu integrieren wissen. So verlieren sich die Erfahrungen der Älteren, und Menschen ziehen sich eher zurück, anstatt dass eine Bewegung generationsübergreifend wächst. Die Entstehung der Autonomen war stark davon geprägt, als militante Jugendrevolte gegen die Verspießerung der 1968er und die Verhältnisse insgesamt andere Lebensformen und radikale Inhalte zu setzen. Im Zuge der Revolte setzte sie andere Wertigkeiten, die bis heute die Gesellschaft prägten, aber größtenteils systemimmanent geworden sind und kommerziell vernutzt wurden. Man gehe nur mal durch die Läden und Kneipen verschiedenster In-Stadtteile, „Egal welche Stadt. Der Teil der Autonomen, der sich radikalisierte und revolutionäre Perspektiven zuwand, wurde größtenteils an inneren Widersprüchen und der Repression zerrieben, und von dem Siegeszug des Kapitalismus mit selten Feldzug in den Osten überrascht. „Wir sind das Volk“ der einverlebten DDR und der autonome Subjektivismus, die eigene Lebensweise im Kollektiv für eine gesellschaftliche Perspektive in der BRD zu halten, mussten zu einer Identitätskrise führen. Zeit auch für diese Bewegung auf eine Neubestimmung und Veränderung hinsichtlich

gesellschaftlicher Perspektiven mit anderen Menschen.

Fußnote 7: Die „Wache 16“, spaßig aufgemacht als Bastei-Roman, analysiert in Hamburg die Tötschlagargumentation des Staateschutzes und der Presse gegenüber den AngreiferInnen der Lerchenwache erfrischend und präzise.

Fußnote 8: Die Befriedung durch Heiner Geißler war die letzte Möglichkeit, einen gesellschaftlich eskalierenden Konflikt wieder in die pseudodemokratische Bearbeitbarkeit zu lenken. Aufkeimender Widerstand wurde dadurch erfolgreich kanalisiert und dann vor der Glotze mit der Live-Übertragung der „Schlichtung“ (hier ist die offizielle Sprache mal ehrlich!) paralyisiert. Der Prozess ist darum sehr interessant, weil den Herrschenden das Zepter fast aus der Hand zu gleiten schien und die Bewegung sich nicht korrumpieren lassen wollte. Ob dies gelingen wird, ob sich ein Teil der Menschen bereits radikalisiert hat und auch größere gesellschaftliche Zusammenhänge angehen wird, ist noch ungeklärt. Militante Gruppen tun gut, sich nicht naserümpfend abseits zu stellen, weil die bürgerliche Zusammensetzung des Protestes nicht behagt, transportiert sich doch in dem Protest eine größere Grundunzufriedenheit mit den Verhältnissen, den sonst die Grünen für sich zu nutzen wissen werden, weil eine radikale Kraft nicht präsent ist, die der Unzufriedenheit einen komplexeren Ausdruck und Namen in der Lage wäre zu geben. Dass auch diese Bewegung, wie Gorleben, einen reduzierten Ausschnitt gesellschaftlicher Schweißerei bearbeitet, steht auf dem einen Blatt. Auf dem anderen steht die Sorge der großen Politik, dass Merkel das Großprojekt vergleichbar wie Gorleben rücksichtslos durchzupeltschen bereit ist. Den Herrschenden geht es um Deutschland im Rahmen eines europäischen und globalen Marktkampfes. War die Startbahn 18 West für Teile der Bevölkerung eine reine Lärmfrage oder die Zerstörung des Ausflugsgebietes, traf und organisierte sich das gemeinsame Interesse mit den Autonomen, den Flughafen auch als militärische Drehscheibe zu verhindern. Unvergessen die Bilder von BürgerInnen, die Steine an Autonome weiterreichten oder mit großen Holzstämmen die Betonstreben knackten. Eine libertäre, militante Kraft könnte sich vermehrt in solche Bewegungen integrieren und mit den Menschen weitmöglichst andere gesellschaftliche Perspektiven diskutieren ohne sie zu diktiert. Die Autonomen können für sich klären, ob sie zu sozialrevolutionären Gehversuchen bereit sind.

Fußnote 9 Nebenbei bemerkt, eine Werbung für eine trotzkistische Partei hat in einer Zeitung wie der Interim (Nr. 718, Seite 26), nichts zu suchen. Manchmal schwankt die Zeitung noch in die Beliebigkeit einer Flugblattsammlung zurück.

Fußnote 10: Die Veranstaltung in Berlin, die unseres Wissens nach gut besucht war und als solidarischer Ausdruck für die Interim und die durchsuchten Buchläden interpretiert wird, konnte keine Diskussionsveranstaltung werden. Die Schere im Kopf hat den berechtigten Grund, dass natürlich im Raum Spitzel sind, die registrieren sollen wer das Maul aufmacht. Eine militante Diskussionskultur wird auf diese Weise zerstört. Die Wiedererlangung der Sprache ist eine der Aufgaben einer militanten Bewegung, die manchmal Klartext reden muss. Wir sind bezüglich unseres Diskussionsvorschlages „Hoffnung, Militanz & Perspektive“ zuversichtlich, dass er zur richtigen Zeit kommt. Wir sind sehr gespannt, was sich bewegen wird und welche Inhalte sich im ersten Schritt als zentrale herausbilden werden. Eine Alternative zu unserem Vorschlag sehen wir nicht, da auch öffentliche Vollversammlungen von Autonomen zum Thema eine Begrenzung haben.



Rückblick auf die Volxsportsaison 2010 in Berlin

Niemand konnte erwarten das dieses Jahr ähnlich fulminant verlaufen würde wie die Jahre 2008 und 2009.

Es besteht noch nicht mal eine Einigkeit darin, ob Militanz qualitativ und quantitativ zu steigern überhaupt ein Ziel ist.

Anfangs noch auf den überaus harten Winter geschoben konnte sich 2010 keine Vermassung von Volxsportaktivitäten durchsetzen. Anfang des Jahres schien es mit einer kleinen Kampagne gegen Sponsoren des Polizeikongresses endlich zu mehr Koordinierung zu kommen. Ausserdem wurde mit den Gasaki Anschlägen die Hoffnung geschürt nicht auf immer und ewig beim Autofackeln zu bleiben.

Der Rekord an Autobränden im Jahr 2009 wurde um einen hohen Preis erkauf; Unschuldige kamen in Untersuchungshaft und eine breite Koalition aus sämtlichen bürgerlichen Medien, sämtlichen Parteien (Kieztaliban Ratzmann), der mg und ihrem Transformer RAZ, der KommiRadikal und anderen trieb einen Distanzierungskeil bis fast ins linksradikale Lager.

Es gelang nicht die dadurch erlangte mediale Aufmerksamkeit mit Inhalt zu füllen. Weitgehend sprachlos knisterten die Luxuskarossen des Nachts vor sich hin, dass auch viele Firmenwagen dabei waren konnte in den dazugehörigen Kampagnen bis auf DHL kaum vermittelt werden.

Vermutlich führte all das zu einem Ausstieg der "Trittbrettfahrer". Inzwischen brennen zwar in einigen Randbezirken öfters Autos aller Klassen, hoffentlich setzt sich hier diese Freizeitbeschäftigung aus Frankreich weiter durch, allerdings müssen Bonzen in den Szenekiezen mittlerweile wieder weniger Angst um ihr Fahrzeug haben.

Die gezielten Aktionen der Kleingruppen waren 2010 wesentlich spezieller, es scheint das die Ziele mehr nach strategischen Gesichtspunkten ausgesucht werden. Dieser löbliche Ansatz trifft jedoch auf eine veränderte Medienpolitik.

Stürzten sich in der Vergangenheit Presse und Abgeordnete auf jede militante Aktion um damit sowohl Umsatz zu machen als auch ihr eigenes Süppchen zu kochen, wird inzwischen eine Nachrichtensperre verhängt, die respektiert wird. Je gezielter eine Aktion ist und je grösser die Gefahr von NachahmerInnen erscheint, desto weniger dringt an die Öffentlichkeit. Dadurch unterläuft der Staatsschutz geschickt ein wichtiges Anschlagziel, nämlich die Sache zu vermitteln und Sauerstoff in den Schwelbrand unter dieser Stadt zu blasen.

Als Reaktion darauf die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren wurde anscheinend verworfen; bleibt noch nun eine stärker nihilistische Ausrichtung militanter Politik?!

Die Hoffnung in diesem Jahr häufiger zu Massenaktionen überzugehen erfüllte sich nicht. Zu groß ist die Sprachlosigkeit untereinander. Damit stellt sich die Frage welche Optionen in Zukunft verfolgt werden sollen. Auffällig in 2010 war das Sommerloch. Berlin bietet durchaus Freiräume doch genutzt werden diese von der feindlichen Klasse.

Berlin im Sommer ließ nicht nur Linksradikele von einer sog. Ballermannisierung sprechen. Vom Mauerpark bis zur Sonnenallee bestand die Stadt aus einem einzigen

Biergarten/Luxusrestaurant/Schickimickicafe und Saufbar. Von 10 Uhr morgens bis 5 Uhr morgens drängten sich gefühlte Millionen KonsumentInnen rücksichtslos durch die Strassen, ununterbrochen Bierflaschen fallen lassend und fotografierend. Menschen die weder Fahrradfahren können noch sich sicher zu Fuß bewegen machten den Weg von Neukölln nach F-hain zur Qual. Die Gentrifikation scheint einen grandiosen Sieg in den Vierteln errungen zu haben in denen sich der Kampf um Freiräume abspielt.

Erlaubt war im Sommer alles was lärmt, säuft und Geld ausgibt. Fußballfans und Gastronomie nahmen sich jeden Freiraum dieser Stadt und ignorierten die "deutschen Tugenden" dabei völlig. Die Polizei tolerierte alles, sobald es jedoch einen Hauch von Politik und Subversion bekam wurde kompromisslos durchgeknüppelt.

Der Mauerpark, nach Jahren der Säuberungen von jedem linksradikalen Flair befreit, ermöglichte nur im Frühling einmal Flaschenwerfen auf die Bullen um dann komplett auszufallen.

Der Victoriapark völlig tot, wurde zur Walpurgisnacht von einem Großaufgebot der Polizei ausgeleuchtet.

Der Görlitzer Park war Schauplatz täglicher Jagdszenen auf Afrikaner. Die autonome Bewegung verhielt sich gar nicht dazu.

Oft gab es Widerstand und Zusammenrottungen gegen Polizeigewalt, von Dealern, angeblichen Dealern und ParkbesucherInnen. Hier wäre viel mehr möglich gewesen.

Die autonome Bewegung war diesen Sommer unsichtbar, aus den Medien verbannt, im Alltag vom Tourismus erdrückt. Die ohnehin schon geringe Motivation zu Plakatieren schwindet völlig wenn unsere Plakate in 1000er Auflage noch am gleichen Tag von Kommerzplakatierern in 50.000er Auflage überklebt werden. Beim betrachten der Stellen die mit Werbung geklebt werden fällt auf, dass es sich um Flächen handelt die mit Politplakaten und Graffiti einst erobert wurden. Ein strategisches Interesse von Stadtplanern und Eigentümern könnte durchaus dahinterstecken. Aber daraus ergeben sich neue Chancen. Sind die MieterInnen/BesitzerInnen der luxussanierten Altbauten wirklich froh über die besoffenen und lärmenden Tourimassen, die vor ihrer Haustür pissen?

Sind sie glücklich in Papphäusern aus Werbeplakaten zu leben, die hässlicher sind als jedes Graffiti?

Die Ballermannisierung einiger Kieze kann schnell zu deren Wertminderung umschlagen wenn wir ein bisschen nachhelfen.

Dies ist ein Vorschlag zu einer Antitourismus Kampagne 2011. Erlaubt ist alles: Geldbörsen und Handys im Vorbeifahren von den Tischen der Fressläden klauen, Autos anzünden, Hotels einwerfen, Müll verursachen, Touribusse bewerfen, Lärm, Warschauer Brücke sperren, Falschmeldungen verbreiten.

Die darauf folgende erhoehte Polizeipräsenz macht den Kiez aus Sicht der Investoren nicht lukrativer. Viele TouristInnen kommen nach Berlin weil es die billigste Metropole ist. Diese Leute sind nicht unsere Feinde auch wenn ihre Ignoranz erschreckend ist. Durch mehr Sichtbarkeit von unserer Widerständigkeit könnte auch ein Chaotentourismus nach Berlin ausgelöst werden. Die Gentrifizierung ließ sich in der Vergangenheit nicht mit militanten Mitteln aufhalten aber der vom Senat geförderte Tourismus wird 2011 die umkämpften Gebiete zur Hölle für die dortigen BewohnerInnen machen. Hier koennte tatsaechlich ein Klima entstehen das Kontrollverluste ermöglicht. Eine sichtbare Alltagskriminalität in Verbindung mit gezielter Abwertung von Gebäuden, Autos und Infrastruktur scheint die einzige Möglichkeit um hemmungslosen Bauprojekten, wie sie am Schlachthof in Friedrichshain und in der Dresdener Strasse entstehen, Einhalt zu gebieten.

Kampagnen:

Was seit Jahren läuft zeigt Wirkung; drei der ganz grossen Schweinekonzerne haben die Zahl ihrer Ziele im Stadtgebiet auf Kosten der Flexibilität reduziert. 2010 gab es drei Aktionen gegen Siemens Fahrzeuge, zwei Mal gegen Vattenfalltransporter und gegen sechs DB Fahrzeuge plus einen Anschlag auf das DB Kabelnetz.

Die Polizei hat in diesem Jahr mindestens drei Menschen getötet, auch dafür wurde sie viel öfter als bekannt gegeben angegriffen. Auch gegen Institutionen, die im Vorfeld der Polizei arbeiten haben

sich Ansätze einer Kampagne entwickelt. Ordnungsämter, Sicherheitsfirmen und Quartiersmanagements hatten Schäden hinzunehmen.

Diese Kampagnen rufen geradezu nach einer Fortsetzung zumal auch in anderen Bevölkerungsgruppen eine klammheimliche Freude vorhanden sein dürfte.

Berliner Zeitung · Nummer 282 · Donnerstag, 2. Dezember 2010

Berlin

Extremisten zündeln lieber in Zehlendorf

Linksradikale haben Entscheidungsträger als Ziel / Polizei registriert weniger Brandanschläge auf Autos

VON ANDREAS KOPIETZ

Linksradikale fackeln in Friedrichshain nicht mehr wahllos Autos ab. Zu sehr hatte es in der letzten Zeit szeneninterne Kritik gegeben, weil Unbeteiligte geschädigt wurden – was der linken Sache abträglich sei. Dafür richten die Täter ihre Anschläge zunehmend gegen Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft und suchen sie immer öfter an ihren Wohnorten auf. Etwa in Zehlendorf.

Der Audi, der am 29. November in Schlachtensee angezündet wurde, gehört nach Informationen der Berliner Zeitung dem Inhaber einer Baubetreuungs GmbH. Und der Porsche, der neun Tage zuvor in Dahlem ausbrannte, gehört einer Rechtsanwältin. In beiden Fällen ermittelt der Staatsschutz. Bereits am 11. November hatte in Schlachtensee der Mercedes des Vorsitzenden des CDU-Forums für Bau, Stadtplanung und Verkehr gebrannt.

Als am 1. November ein Anschlag die Berliner S-Bahn lahmlegte und ein Siemens-Auto in Flammen aufging, bekannten sich Linksextreme zu der Tat und drohten, Unternehmen und deren politische Lobbyisten direkt zur Verantwortung zu ziehen. Ähnliche Erklärungen gab es in letzter Zeit auch nach anderen Anschlägen. „Wir stellen fest, dass Gewalttaten gezielter gegenüber bestimmten Institutionen begangen



THOMAS SCHÜDDER

Linke zünden jetzt Autos zielgerichtet an, gern auch in Zehlendorf.

werden, wie auch die Steinwürfe auf das Haus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zeigen“, sagte die Chefin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, gestern im Verfassungsschutzausschuss.

Während es 2009 noch 296 politisch motivierte Brandanschläge auf Autos gab, zählte die Polizei in diesem Jahr nur 41 mit 51 „direkt angegriffenen“ Autos. „Das hat mit einer Diskussion in der Szene zu tun, wo

nach Brandstiftungen etwa am Mercedes eines türkischen Mitbürgers, der sich den Wagen mühsam erspart hat, nicht zu vermitteln sind“, so Innensenator Ehrhart Körting (SPD).

Für den CDU-Abgeordneten Sven Rissmann sind linke Anschläge inzwischen alltäglich. Sebastian Kluckert (FDP) wirft den Ermittlungsbehörden eine „sehr geringe Erfolgsbilanz“ vor. Unter anderem bereitet den Behörden die konspirativ hergestellte linksextremistische Untergrundzeitschrift „Interim“ Sorgen. Sie veröffentlichte Bauanleitungen zur Herstellung von Spreng- und Brandsätzen. In der Hoffnung, Rückschlüsse auf die Macher zu erhalten, gab es mehrere Razzien in linken Buchläden, die letzte in November – jedoch vergeblich. Danach verübte eine Gruppe namens „Revolutionäre Aktionszellen“ aus Rache am 18. November einen Brandanschlag auf die Bundesakademie für Verwaltung in Wilmsdorf, die zum Bundesinnenministerium gehört. Körting räumte ein: „Auch mir ist es in all meinen Dienstjahren nicht gelungen, die Interim-Hersteller zu finden.“

Die Friedrich-Naumann-Stiftung lädt heute zur Diskussion „Linksextreme Gewalt – (k)ein Gesellschaftsproblem?“ ein. Die Veranstaltung mit Vertretern aus Landespolitik und Polizei beginnt 19 Uhr im Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4.

Wenn aus vermeintlichem Antisexismus...

... eine Reproduktion von Sexismus wird.

Sexismus ist ein permanentes Streitthema innerhalb der radikalen Linken. Einige kommende und vergangene Ereignisse haben uns bewogen, einige Aspekte dieser Debatte an konkreten Situationen zu problematisieren und damit eine Kritik an sexistischer Rollenzuschreibung und verkürzten Sozialisationsbegriffen zu üben. Unter anderem wurde auch durch die Vorbereitungsgruppe der diesjährigen Silvio-Meier-Demo ein "Denkanstoß" gesetzt, bei dem wir sowohl die theoretische Grundlage, als auch die im Weiteren gewählte Aktionsform als problematisch empfinden.

Von Sinn und Unsinn von Frauenblöcken

Eines der wichtigsten Mittel um Themen in die Öffentlichkeit zu tragen bleiben Demonstrationen – auch für die radikale Linke. Als sich Ende der 70er, Anfang der 80er ein sog. Schwarzer Block bildete wurde dieser von feministischen Gruppen kritisiert.

Ist dein Block auch mein Block?

Hintergrund ist wie einst, dass Formen männlicher Sozialisierungen^[1] sich oftmals in solchen Blöcken konzentrieren. Einer gesellschaftlich vorherrschenden Heteronormativität ist es geschuldet, dass dies überwiegend auf Menschen mit dem Selbstkonzept "Mann" zutrifft, die getreu ihrer Sozialisation mackern, prollen und den verbalen Schwanzvergleich vollziehen. Die eigentliche Erfordernis, die aus taktischen Erwägungen zur Etablierung der Aktionsform "Schwarzer Block" führte, nämlich die Teilnehmer_innen gegen verschiedene von außen an sie heran getragene Repressionen zu schützen, wird praktisch unterlaufen zur Ausübung offensivster Formen männlicher Sozialisation. Dabei ist der_diejenige mit den krassesten Sprüchen und den krassesten Fights gegen Cops der_die Held_in der Arbeit. Eine antisexistische Kritik dieser Verhaltensweisen von Macht, Gewalt und Dominanz, ist damals wie heute berechtigt. Doch wo könnte eine fortschrittliche Kritik ansetzen?

Keine Gewalt ist auch keine Lösung

Antisexistische Kritik fordert hier nicht selten ein, Aktivist_innen sollten männlich konnotierte Verhaltensweisen gänzlich unterlassen. Dass die Abwesenheit bspw. von Gewalt und Dominanz im Umgang, den eine radikale Linke miteinander pflegt, erstrebens- und erkämpfenswert sind, steht außer Frage.

Fatal ist jedoch die anlassunabhängige Stigmatisierung von Handlungsoptionen vor dem Hintergrund, dass diese männlich konnotiert sind – gemäß gesellschaftlicher Zuschreibung. Was eine konsequente Tabuisierung für die alltäglichen Kämpfe der radikalen Linken bedeuten würde, kann sich jede_r am Beispiel von Konfrontationen mit Neonazis oder der Staatsgewalt vor Augen führen. So folgt auf die Frage, wie z.B. die notwendigen Abwehrkämpfe gegen Neonazis unter gänzlichem Verzicht auf Gewalt, Aggression und Überlegenheit geführt werden könnten, ein verstohlenes Schulterzucken. Solange einer radikalen Linken derlei Kämpfe aufgezwungen werden, werden in der ideologischen wie praktischen Konfrontation Codes zu Tage treten, die nach gesellschaftlicher Zuschreibung männlich konnotiert sind. Ob sie der Situation angemessene Handlungsoptionen darstellen oder sexistischer Selbstzweck zur

Ausübung und Selbstbestätigung männlicher Sozialisation sind, sollte differenziert erörtert und ggf. kritisiert werden.

Vor diesem Hintergrund möchten wir die Frage aufwerfen, ob der_die "Macker_in" sich vielfach so gibt, weil er_sie einer männlich Sozialisation ausdrück verleiht oder ob er_sie dies als bewusste und notwendige Ausdrucksform seiner_ihrer Politik begreift? Diese Frage wird selten bis gar nicht gestellt. Stattdessen werden vornehmlich biologisch männliche Aktivist_innen mit dem Mäntelchen des „Männer sind nunmal so“, "typisch männliche Sozialisation" bedeckt, was oftmals einer willkürlichen d.h. vom biologischen Geschlecht abgeleiteten Rollenzuschreibung gleich kommt.

Weibliche Sozialisation als blinder Fleck

Eine der Ausgangswahrnehmungen antisexistischer Kritik ist, dass an bestimmten Aktionsformen prozentual weit weniger Frauen partizipieren, als vermeintliche Männer. Diesem Fakt, der Unterrepräsentation eines - sozialisierten - Geschlechts, gilt es nachzugehen und die Ursachen offen zu legen. Damit dies geschieht, sollte über die pauschalisierende Formel: „Frauen fühlen sich von den 'starken' und 'aggressiven' Männern unterdrückt“, hinaus gegangen werden.

So ist die aktive Ausgrenzung von Frauen, im Sinne von: "Frauen nach hinten!", in weiten Teilen der Szene kaum akzeptiert. Selbstverständlich können davon ab erlebte Ausgrenzungserfahrungen, durch sexistische Zuschreibung, Hemmschwellen errichten, die dazu führen, dass sich Menschen nicht mehr aktiv beteiligen möchten. Als alleiniger Erklärungsansatz greift dies aber zu kurz. Zu oft scheint die eingangs wahrgenommene Zurückhaltung ebenso einem verinnerlichten weiblichen Selbstkonzept als schwächerer, sanfterer und passiverer Menschen, geschuldet zu sein. Wird dies jedoch ausgeblendet, so verwundert es nicht, wenn antisexistische Kritik sich oftmals darin erschöpft, männlich konnotierte Verhaltensweise als "mackerhaft" bzw. "typisch Mann" zu problematisieren; im Weiteren jedoch der Konstruktion heterosexistischer Zweigeschlechtlichkeit und ihrer Beschränktheit, die für Ausschlüsse und Diskriminierungen verantwortlich zeichnet, nicht konsequent entgegen zu treten.

Kein Erfolgsrezept

Um dem Problem sich manifestierender sexistischer Mackerklüngel auf Demos entgegenzuwirken, bedienen sich Antisexist_innen ab und an einer recht simplen, allerdings kaum differenzierten Interventionsmöglichkeit. Dem sogenannten "Frauenblock", oder wie bei der kommenden Silvio-Meier-Demo auch "Frauenreihe" genannt.

"Wir wissen, dass wir damit die Rolle von Geschlechtern reproduzieren und eben nicht alle Probleme aus der Welt schaffen"

- aus dem Interview-Aufruf zum Frauenblock auf der Silvio-Meier-Demo

Wenn dann wie auf der Andrea-Demo 2008 biologisch weibliche Menschen, deren Selbstzuschreibung nicht mit der Frauenrolle übereinstimmt, aus dem Frauenblock heraus aufgefordert werden, sich anzuschließen und wenn vermeintliche Männer

aufgrund ihres biologischen Geschlechtes ausgegrenzt oder wie bei der diesjährigen Demonstration zum "Internationalen Weltfrauentag" attackiert werden, dann wird deutlich, dass eine solche "Aktionsform" weder praktisch, noch durch seine Ausstrahlung zur Emanzipation von heteronormativen Geschlechterrollen beiträgt.

Reproduktion von Sexismen

Mit dem Anspruch Menschen anhand heterosexistischer Merkmale zu kategorisieren wird exakt die Art Zuschreibung reproduziert, die tagtäglich in der Gesellschaft zu Ausschlüssen und Gewalterfahrungen führt. Wobei nicht unerwähnt bleiben sollte, dass Queer-People und Transgender wohl mit am heftigsten unter diesen Mechanismen zu leiden haben. Dennoch einen reinen "Frauenblock" zu fordern, schließt genau diejenigen aus, die weitaus öfter gewaltvolle Zuschreibungen erfahren, als normierte Frauen bzw. Männer.

Vom verkürzten Sozialisationsbegriff

Auch wenn von der Vorbereitungsgruppe - z.B. in Veröffentlichungen auf Indymedia (siehe Quellenanhang) - stellenweise der Begriff "weiblich sozialisiert" anstelle von "Frau" genannt wird, wird Geschlecht dadurch keineswegs dekonstruiert. Zwar lässt die Verwendung eines Sozialisationsbegriffs im Gegensatz zur Kategorie "Frau" zu, dass Sozialisation nicht unmittelbar vom biologischen Geschlecht abzuleiten sein muss und ist somit nicht bruchlos anknüpfbar an heterosexistische Zuschreibungen. Die Intention, "weibliche Sozialisation" durch einen Block nach außen transportieren zu wollen, macht diesen Ansatz jedoch zu nichte. Um die Absurdität dieses Vorhabens einmal zu verdeutlichen: Wie wollen die Organisator_innen erkennen, dass ein Mensch, unabhängig von biologischem Geschlecht und gesellschaftlicher Zuschreibung nicht weiblich sozialisiert ist, damit dieser nicht mehr in der ersten Reihe mitlaufen darf? An der Kleidung, an der Haarlänge, am Nichtvorhandensein von Makeup, am muskulösen Körperbau?

Ernstzunehmende Antworten darauf zu suchen erübrigt sich aus mehrerlei Gründen. So ist es schlicht unmöglich, im Zuge einer kurzen Begegnung zu bestimmen, nach welchen Vorstellungen und Normen ein Gegenüber sozialisiert wurde. Dass sich stattdessen mit einem Rückgriff auf äußere Merkmale und damit auf (hetero-)sexistische Kategorisierungsmuster beholfen

werden soll, liegt also nahe. Die Bestätigung dieser Annahme liefert die Vorbereitungsgruppe höchst selbst, indem sie in ihrem etwa zeitgleich veröffentlichten Interview-Aufruf nunmehr nur noch von einem "Frauenblock" spricht, der ausschließlich Menschen der Kategorie Frau adressiert.

Dass einmal alles besser wird...

Letztendlich wirkt diese willkürliche Vermischung von Begrifflichkeiten und Theorieansätzen für Antisexist_innen erstaunlich unvertraut mit der Materie. Daß sich aus einem derart löchrigen theoretischen Background umgehend eine politische Praxis von solcher Tragweite manifestieren konnte, es geht immerhin um die seit 1992 alljährlich organisierte Gedenkveranstaltung für den von Neonazis ermordeten Antifaschisten Silvio Meier, ist schlicht beängstigend und wirft kein gutes Licht auf die vermeintlichen Standards einer radikalen Linken, für die das Wörtchen Emanzipation nicht bloß ein Wort ist.

Für eine emanzipatorische Linke Bewegung und ein würdiges Gedenken! Hinaus zur Silvio-Meier-Demo 2010!

refused identity, 18. november 2010
Erstveröffentlichung auf de.indymedia.org

[1] **Sozialisation** umfasst die Summe erfahrener und verinnerlichter Zuschreibungen, sie manifestiert sich nicht ausschließlich entlang von Sexismen, sondern u.a. auch in class (ökonomische Verhältnisse, Bildungshintergrund), desire (sexuelle Orientierung), race (ethnische Herkunft), disability (Einschränkungen) etc. pp. Erst die Gesamtheit aller Sozialisationen bestimmt, wie das Subjekt die Umwelt wahrnimmt, interpretiert und handelt.

Quellen:

Interview-Aufruf des Vorbereitungskreises zum Frauenblock: "Wir brauchen keine Macker_innen": http://www.antifa-berlin.de/silvio-meyer10/ju_interview-macker.html entnommen aus dem im Herbst erschienenen Jugendinfo zur Silvio-Meier-Demo 2010.

Erklärung der "Autonomen Antisexist_innen - AAS" aus dem Vorbereitungskreis zum "Block von weiblich sozialisierten Menschen" bzw. "zur Frauenreihe"; "Erklärung der Autonomen Antisexist_innen zur Frauenreihe": <http://www.antifa-berlin.de/silvio-meyer10/frauenreihe.html> Erstveröffentlichung: 15.11.10 auf de.indymedia.org



Aktivist in Großbritannien als Bulle enttarnt

Verfasst von: [ABC Berlin](#), Mi, 27.10.2010 – 08:21

<http://linksunten.indymedia.org/de/comment/view/10569>

Eine paar kurze Notizen über diesen Fall:

Am 21.10. wurde in Großbritannien ein langjähriger Aktivist als Polizist enttarnt. Er hat auch außerhalb der UK viele Kontakte zu radikalen Bewegungen gehabt, unter anderem nach Berlin.

Es handelt sich um Mark „Stone“, auch „Flash“ genannt. Sein richtiger Name ist Mark Kennedy. Er war nach eigenen Angaben von 2000 bis Ende 2009 als Polizist tätig und gleichzeitig als Aktivist stark aktiv. Auch vor dem Jahr 2000 war er bei der britischen Polizei tätig, deshalb handelt es sich bei ihm nicht um einen üblichen „Informant“ oder angeworbenen „Spitzel“, sondern um einen Polizist in Reinnatur.

Mark engagierte sich in vielen Bereichen der autonomen Bewegung: von Earth First!, zu Tierrechtsaktionen, Klima-Camps, Freiräume, Antifa usw. Er reiste gerne durch Europa, beteiligte sich an zum Beispiel an Gipfelprotesten und pflegte europaweite Kontakte. In Deutschland war er vor allem in Berlin zwischen 2005 und 2010 gerne zu Gast gewesen.

Ob er tatsächlich Ende 2009 aus dem Polizeidienst ausgeschieden ist, wie er während seiner Aussage vor den Personen, die ihn konfrontiert haben gesagt hat, bleibt unklar und unwahrscheinlich, bzw. ändern daran nichts. Er war auch auf zahlreichen Email-Listen eingetragen, bitte checkt, ob eine dieser Adressen auf euren Verteilern ist:

flashwheels@yahoo.co.uk

markstone@o2email.co.uk

trailertrashheroe@yahoo.co.uk

und in etwa: ms1969@ blah blah

Seitdem er enttarnt wurde und dies öffentlich gemacht wurde sind alle Interneteinträge über und von ihm (wie z.B. bei Facebook) aus dem Netz verschwunden, das gleiche gilt für Telefonkontakte.

Wir denken, dass es extrem wichtig ist die Nachricht so breit wie möglich zu streuen, denn es ist unklar was für genaue Aufgaben er während seiner Dienstzeit übernommen hat. Sicher ist, dass er europaweit eingesetzt wurde und mensch kann davon ausgehen, dass die Kooperation zwischen den verschiedenen Polizeikräften gut gepflegt und wichtige Informationen an die verschiedenen Behörden übermittelt worden sind. Wir halten jegliche Spekulationen für gefährlich, wichtiger ist das jede/r über seine/ihre möglichen Kontakte mit ihm nachdenkt, sowie über das eigene Sicherheitskonzept, ohne dabei in Paranoia zu verfallen.

Durch ein Zeichen des Zufalls wurde nur ein paar Tagen zuvor in Genua, Italien, eine 22-jährige peruanische Studentin als Informantin der Polizei enttarnt: sie war innerhalb der letzten paar Jahre in der autonomen, antagonistischen Bewegung aktiv und übermittelte Informationen an die italienische Polizei.

In diesem Sinne, Augen offen halten. Sobald wir weitere Infos zu Mark haben, werden wir diese verbreiten.

Euer erschüttertes aber immer noch kämpferisches ABC Berlin

www.abc-berlin.net

AUCH OBDACHLOSE HABEN NAMEN:

HORST PULTER

ERMORDET VON NEONAZIS AM 05.02.1995 IN VELBERT

KEIN VERGEBEN - KEIN VERGESSEN!

Samstag, 05. Februar 2011 - 14:00 Uhr, Willy-Brandt-Platz, Velbert

Auch Obdachlose haben Namen

Verfasst von: Antifa Velbert. Verfasst am: 02.12.2010 - 01:43. Geschehen am: Sonntag, 05. Februar 1995.

Am 05. Februar 2011 jährt sich zum 16. Mal der Todestag des Velberter Obdachlosen Horst Pulter. Dieser Mord war der Gipfel rassistischer, rechtsextremistischer und menschenverachtender Straftaten in Velbert. Am Sonntag, den 05.02.1995 wurde der 65-jährige Obdachlose Horst Pulter im Velberter Herminghauspark von sieben Neonazis kaltblütig ermordet. Sie quälten ihn mit Tritten und Schlägen, dann stach der damals 22-jährige Haupttäter, der wegen rechtsextremer Umtriebe bereits aus der Bundeswehr entlassen worden war, zu.

In den frühen 90er Jahren waren es noch u. a. die rechtsextremistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“, die „Deutsche Alternative“ und das „Nationale Forum Niederberg“ um den heutigen Münchener Kameradschaftsführer Norman Bordin, die in Velbert aktiv waren und sogar zeitweise ein Haus in Velbert besetzt hielten – die WAZ / Velberter Zeitung bot ihnen in einem Artikel noch Platz für ihre Parolen und ausländerfeindliche Hetze. Auch eine Reihe körperlicher Angriffe auf ihnen missliebige Personen ging auf ihr Konto, darunter ein Angriff auf ein Punkkonzert, an dem sich 30 bis 40 Personen beteiligten. Aus diesem Kreis stammte auch mindestens einer der Täter, die am 5. Februar 1995 im Velberter Herminghauspark den Obdachlosen Horst Pulter zuerst als „Penner“ und „Scheiß Jude“ verhöhnten, ihn später dann mit einem Schlachtermesser ermordeten.

Die sieben rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, alle im Alter zwischen 16 und 24, zogen von einer Geburtstagsfeier über die Wege des Stadtparks in unbestimmte Richtung. An einem Teich, so gaben die Nazis später an, wollten sie ausprobieren, wie oft man einem Schwan den Hals umdrehen kann, bis er abfällt. Unterwegs begegnete ihnen ihr späteres Opfer: Horst Pulter schlief zu der Zeit in einer Holzhütte. Sie schlugen ihn, sie quälten ihn, sie traten ihn, bis er bewusstlos wurde. Sie entfernten sich. Doch damit nicht genug. Der Haupttäter kehrte zurück und rampte dem bewusstlosen Menschen ein zuvor geklautes Steak-Messer in den Körper.

In den Wohnungen der Täter fand die Polizei Fotos, auf denen diese mit Hakenkreuzen und Hitlergruß posierten. Im Gerichtssaal spricht der Staatsanwalt zwar von einer „rechtsradikalen, menschenverachtenden Gesinnung“ der Täter, der Haupttäter wurde wegen Mordes zu 10 Jahren, die Mittäter zu je 2 Jahren und 9 Monaten Gefängnis verurteilt, dass es

sich bei dem Mord allerdings auch um eine Tat mit rechtem Hintergrund handelte, wird von Justiz und Polizei verschwiegen.

Ein Jahr nach der Verurteilung der Täter teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (damals PDS, heute Die Linke) mit, die Ermittlungen hätten keine „Anhaltspunkte für eine politische Organisation oder Motivation der Tat“ ergeben. Aus den Gerichtsurteilen ergebe sich lediglich, dass „die Täter aus einer gegenüber Obdachlosen feindlichen Haltung heraus gehandelt haben.“ Im September 2001 erklärt ein Sprecher des Polizeipräsidiums Düsseldorf auf Nachfrage von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel: „Aus der Sicht von heute“ sei der Tod von Horst Pulter ein Tötungsdelikt mit rechtsextremer Motivation. Das sei ein Fall, „der ins Meldemuster fällt“. Doch das Polizeipräsidium Düsseldorf hat seine neuen Erkenntnisse offenbar nicht ans LKA Nordrhein-Westfalen weitergegeben, das dafür zuständig wäre, Horst Pulter nachträglich als ein weiteres Opfer rechter Gewalt an das BKA zu melden.

Dieses Vorgehen ist kein Einzelfall. 33 tote Obdachlose durch rechte Gewalt verzeichnet eine Chronik der "Zeit". Nur neun von ihnen werden von der Bundesregierung unter den 137 Tötungsdelikten mit rechtsextremen Hintergrund seit der deutschen Wiedervereinigung erwähnt.

Die Gefahr von Rassismus, Rechtsextremismus und Faschismus wächst in Velbert, aber auch in ganz Deutschland - doch erst vor knapp einem Jahr hieß es von offizieller Seite noch, „es gibt keine Nazis in Velbert“. Das dem nicht so ist, darauf weisen wir Antifaschisten aus Velbert schon weitaus länger hin als dass das Thema überhaupt interessant für Presse, Polizei und Politik zu sein scheint. Pressemitteilungen, Leserbriefe und Hinweise bleiben jedoch komplett ohne Beachtung, wenn sie der gängigen Meinung widersprechen. Der Stadtverwaltung ist das Image der Stadt Velbert als „familien- und jugendfreundliche Stadt“ wichtiger, als wirklich aktiv gegen nationalistische Tendenzen vorzugehen.

Allerdings ist klar, dass die Schuldfrage am Mord nicht mit einem Fingerzeig auf die rechte Szene gelöst ist. Wirtschaft, Politik und Medien propagieren ein negatives Bild von Erwerbs- und Obdachlosen. Wer Hartz4 bezieht, steht schnell als „arbeitsfauler Sozialschmarotzer“ da. Für die herrschenden Verhältnisse ist dies nur von Vorteil: Wenn sozial Benachteiligte als minderwertig dargestellt werden, können Sozialhilfesätze gekürzt oder die Überwachung von Hartz4-BezieherInnen verschärft werden, ohne dass sich jemand daran stört. Auf diesem Nährboden der sozialen Ausgrenzung bauen Morde wie der an Horst Pulter auf. Wir möchten das Gedenken an alle Opfer sozialer Ausgrenzung, rechter Gewalt und menschenverachtender Ideologie in Erinnerung halten.



life deluxe for all

Kernenergie.

So sicher wie diese Webseite.



www.kernenergie.de



STOPP CONTROLL!

1. Vorlage auf Folie kopieren oder auf Karton kleben.
2. Mit einem scharfen Teppichmesser, Cutter oder Skalpell die dunklen Flächen ausschneiden.
3. Loslegen (natürlich nur innerhalb der eigenen vier Wände, logo).

Mehr Motive gibt es unter www.antifa-nr.de

antifa.